
A LA RECHERCHE D'AGENT PERDU:

Institutionen, institutionelle Qualität und allokatives Handeln

**Diplomarbeit im Studiengang Verwaltungswissenschaft
an der Universität Konstanz**

Vorgelegt von:

Christian W. Martin

Matrikelnummer: 328419

Werner-Sombart-Str. 23

78464 Konstanz

e-mail: christian.w.martin@uni-konstanz.de

Konstanz, März 2000

Abstract

Diese Arbeit untersucht den Einfluss der Staatsform auf das Wirtschaftswachstum. Vor dem Hintergrund eines theoretischen Modells wird argumentiert, dass zwischen Demokratie und Wachstum ein nicht-linearer Zusammenhang besteht. Weder geringe noch hohe Partizipationsgrade produzieren wachstumsmaximierende Effekte. Die empirische Überprüfung in Form einer Wachstumsregression über 83 Staaten im Zeitraum zwischen 1975 und 1997 bestätigt die vorgetragene Hypothese.

This paper puts forward an explanation of the relationship between democracy and economic growth that accounts for inconsistent finding of previous inquiries. Using a model of participation and production of public goods, it is argued that neither high nor low levels of participation produce growth-maximizing policies. This argument is tested using cross-country growth regression for a sample of 83 countries between 1975-1997. The results confirm the hypothesis that growth is highest in countries with intermediate levels of democracy.

INHALT

<u>ABSTRACT</u>	1
<u>1. EINLEITUNG</u>	4
<u>2. DEMOKRATIE, AUTOKRATIE UND WACHSTUM: STAND DER FORSCHUNG</u>	7
<u>2.1. WACHSTUMSMODELLE</u>	7
<u>2.2. THEORETISCHE AUSSAGEN</u>	12
<i>2.2.1. Negativer Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum</i>	12
<u>Political Business Cycle-Modell</u>	12
<u>Partisan- und Rational Partisan-Modelle</u>	14
<u>Redistributionseffekte</u>	16
<u>Einflussnahme von Interessengruppen</u>	18
<i>2.2.2. Positiver Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum</i>	19
<u>Effizienz</u>	20
<u>Transparenz</u>	21
<u>Institutionelle Voraussetzungen</u>	22
<i>2.2.3. Bewertung der theoretischen Aussagen</i>	24
<u>2.2. EMPIRISCHE EVIDENZ</u>	25
<u>2. 3. FAZIT: WAS WIR WISSEN UND WAS NICHT</u>	27
<u>3. EIN MODELL INSTITUTIONELLER WIRKUNG</u>	29
<u>3.1. VORÜBERLEGUNG ODER WARUM EIN MODELL?</u>	29
<u>3.2. MODELLIERUNG</u>	30
<u>3.3. KONSEQUENZEN FÜR DAS WIRTSCHAFTSWACHSTUM</u>	36
<u>3.4. DISKUSSION: WOHLWOLLENDE DIKTATOREN, DUMME DEMOKRATEN?</u>	37
<u>3.5. HYPOTHESENBILDUNG</u>	39
<u>4. EMPIRISCHE ÜBERPRÜFUNG</u>	41
<u>4.1. ABLEITUNG DES SCHÄTZANSATZES</u>	41
<u>4.2. DATENBASIS</u>	45
<i>4.2.1. Sample</i>	45
<i>4.2.2. Abhängige Variable und Schätzverfahren</i>	45
<i>4.2.3. Unabhängige Variablen</i>	47
<u>4.3. ERGEBNISSE</u>	50
<i>4.3.1. Wachstum und Größe der Unterstützerguppe</i>	50
<i>4.3.2. Wachstum und Demokratie</i>	53
<i>4.3.3. Institutionelle Qualität und Demokratie</i>	55
<i>4.3.4. Offenheit, Demokratie und Wachstum</i>	57
<u>5. DISKUSSION UND AUSBLICK</u>	61
<u>BIBLIOGRAFIE</u>	66
<u>APPENDIX A: LÄNDER-SAMPLE</u>	72
<u>APPENDIX B: INSTITUTIONELLE QUALITÄ</u>	73

1. Einleitung

Vielleicht liegt es an ihrer Offensichtlichkeit, dass die Frage nach dem "Wohlstand der Nationen" einen derart prominenten Platz in den Sozialwissenschaften einnimmt: kaum ein anderes Phänomen drängt sich in internationalen Vergleich derart auf wie die Unterschiede zwischen der Wirtschaftskraft einzelner Staaten. Wenn man die systematische Erforschung dieses Rätsels mit Adam Smith beginnen lässt, dann blicken heutige Arbeiten auf eine über zweihundertjährige Tradition zurück. Ökonomen, Historiker, Geografen und – in jüngerer Zeit – auch Politikwissenschaftler¹ haben während dieser Zeit immer wieder Antworten auf die Frage gesucht, "why some nations are rich, and others poor" (Olson 1996) – und weshalb dieser Unterschied bestehen bleibt.

Wer sich heute mit Wohlstand und Wachstum beschäftigt, müsste deshalb eigentlich erwarten, "auf den Schultern von Riesen" stehend weiter und klarer sehen zu können, als es Forschern vorangegangener Generationen möglich war. Doch diese Erwartung wird nur teilweise erfüllt: eine Durchsicht der Literatur zum Thema, die in den letzten 20 Jahren entstand, lässt zwar einige Fortschritte erkennen, von einer befriedigenden Erklärung des Phänomens aber ist die *scientific community* noch immer weit entfernt (Siermann 1998).

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist dabei besonders unbefriedigend, dass noch immer ungeklärt ist, ob die Staatsform "Demokratie" eher als andere Regime geeignet ist, wirtschaftliches Wachstum zu fördern (Quinn/Woolley 2000:2-4). Seit mehr als 40 Jahren haben zahlreiche politikwissenschaftlich informierte Studien den Zusammenhang zwischen Staatsform und Wachstum untersucht (systematisch erstmals Lipset 1959). Die theoretischen Aussagen sind dabei ebenso kontrovers wie die empirischen Ergebnisse inkonsistent: während manche Autoren demokratischen Regimen aufgrund ihrer Struktur der Präferenzaggregation eine inhärent bessere Eignung zusprechen, wirtschaftliches Wachstum zu fördern, argumentieren andere Studien aus demselben Grund in die entgegengesetzte Richtung. Beide Richtungen sehen die positiven oder negativen

¹ Um den Lesefluss zu vereinfachen, verwendet dieses Papier die maskuline Form als Gattungsbezeichnung für beide Geschlechter.

Wachstumsimpulse demokratischer und nicht-demokratischer Systeme in unterschiedlichen Ausmaß des Einflusses auf den politischen Prozess begründet, der Bürgern in den unterschiedlichen Regimetypen zukommt. Die empirischen Befunde decken das gesamte Spektrum der vorstellbaren Einflüsse ab: Untersuchungen, die einen positiven Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum feststellen, stehen neben Ergebnissen, die einen negativen, gemischten oder keinen Einfluss berichten (Przeworski/Limongi 1993). Aus einer Metaperspektive kritisieren Ökonomen und Ökonometriker die mangelnde Robustheit der einzelnen Resultate und führen die uneinheitliche Evidenz auf Fehlspezifikationen der Modelle zurück, die den jeweiligen Untersuchungen zu Grunde liegen (Brunetti 1997; Przeworski/Limongi 1993).

Wo Theorie und Evidenz derart widersprüchliche Aussagen machen, ergeben sich zwei Forschungsdesiderate: zum einen ist zu klären, ob es überhaupt einen Zusammenhang zwischen Staatsform und Wirtschaftswachstum gibt. Falls sich ein solcher Zusammenhang zeigt, wäre zum anderen die Richtung dieses Einflusses zu überprüfen.

Die vorliegende Arbeit unternimmt den Versuch, auf dem Weg zur Schließung dieser Forschungslücken einen Beitrag zu leisten. Vor dem Hintergrund eines theoretischen Modells wird gezeigt, dass das Verhältnis von Demokratie und Wachstum nicht in einer linearen Beziehung ausgedrückt werden kann. Die Einflusslogiken verschieden hoher Beteiligungsgrade in Demokratien und nicht-demokratischen Systemen werden aus einer Mikroperspektive untersucht, die die Anreize und Beschränkungen, denen sich Akteure je nach Partizipationsgrad der Bevölkerung ausgesetzt sehen, in ihren Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum erklärt. Es wird argumentiert, dass weder ein hohes noch ein niedriges Maß an Zugang zur politischen Arena wachstumsoptimal wirken, sondern die höchsten ökonomischen Wachstumsraten für Staaten zu erwarten sind, in denen ein mittleres Partizipationsniveau gegeben ist.

Mit ihrem Verweis auf die institutionellen Voraussetzungen von Wirtschaftswachstum nimmt die Arbeit damit eine genuin politikwissenschaftliche Perspektive ein. Die Untersuchung der systematischen

Varianz im wirtschaftlichen Wachstum von Staaten, die sich nach ihre Mechanismus der Präferenzaggregation unterscheiden, binden die Wachstumsraten an den politischen Prozess und gehen damit über eine ausschließlich ökonomische Betrachtung hinaus.

Der Rest dieser Arbeit gliedert sich wie folgt: ein erster Abschnitt zeichnet die Ergebnisse der bestehenden Forschung zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum auf theoretischer und empirischer Ebene nach. Die Darstellung beschränkt sich dabei zunächst auf den Unterschied zwischen demokratischen Systemen westlichen Typs und allen anderen Formen der politischen Organisation. Dieser Weg wurde gewählt, weil in der Literatur überwiegend davon ausgegangen wird, dass die Trennung in "Demokratien" und "Nicht-Demokratien" die wesentlichen Unterschiede im Einfluss beider Systemtypen auf das Wirtschaftswachstum hinreichend genau erfasst. Das zweite Kapitel dieser Arbeit zeigt vor dem Hintergrund eines theoretischen Modells, dass diese Trennung zu grob ist, um die systematische Varianz zwischen unterschiedlichen Systemen der Präferenzaggregation erfassen zu können. Aus dem vorgeschlagenen Modell werden Hypothesen abgeleitet, die im dritten Abschnitt einem empirischen Test unterworfen werden. Ein Schlusskapitel interpretiert die Ergebnisse im Licht bestehender Forschungen und diskutiert ihre Implikationen.

2. Demokratie, Autokratie und Wachstum: Stand der Forschung

Die Wachstumsliteratur der vergangenen 20 Jahre hat über zahlreiche Replikationen hinweg eine Reihe von Erkenntnissen darüber produziert, welche Faktoren für das wirtschaftliche Wachstum eines Staates von Bedeutung sind (Barro/Sala-i-Martin 1995:12f). Im folgenden Abschnitt werden einige dieser Faktoren aus einer neoklassischen Wachstumsfunktion abgeleitet und in den Zusammenhang der vorliegenden Arbeit gestellt. Es wird gezeigt, dass die Frage nach den institutionellen Determinanten wirtschaftlichen Wachstums zur Frage führt, wie unterschiedliche Systeme der politischen Organisation auf das Wirtschaftswachstum wirken.

2.1. Wachstumsmodelle

In der neoklassischen Ökonomie ist der Output eine Funktion der Ausstattung mit physischem Kapital K und Arbeit L . Dazu wird ein exogen gegebener Parameter A angenommen, der beschreibt, mit welcher Effizienz die Faktoren eingesetzt werden können:

$$Y = AK^\alpha L^\beta \quad (2.1.)$$

mit $\alpha + \beta \leq 1$

Weil beide Faktoren die Eigenschaft abnehmender Grenzerträge aufweisen, macht das Modell für das wirtschaftliche Wachstum von Staaten folgende Vorhersagen: (1) arme Länder wachsen aufgrund ihrer niedrigeren Kapitalausstattung schneller als reiche Länder und (2) alle Staaten werden einen Zustand erreichen, in dem das Verhältnis von Kapital und Arbeit und damit das Pro-Kopf-Einkommen stabil sind. Dieses Verhältnis ist *ceteris paribus* positiv von der Sparquote und negativ vom Bevölkerungswachstum beeinflusst. (Solow 1956, Mankiw 1995). Im Solow-Modell erreichen Volkswirtschaften damit auf lange Sicht einen Zustand, in dem kein Wachstum mehr stattfindet. Diese Voraussage jedoch ist unvereinbar mit der Beobachtung, dass Staaten über ein Jahrhundert hinweg positive Wachstumsraten aufweisen können und die Stärke des Wachstums überdies keine Tendenz zeigt abzunehmen (Barro/Sala-i-Martin

1995:6). Als einzige Quelle langfristigen Wachstums bleibt im neoklassischen Standardmodell der Produktivitätsparameter A , dessen Wert sich durch technologischen Fortschritt erhöht. Weil dieser jedoch als exogen angenommen wird, "[...] we end up with a model of growth that explains everything but long-run growth [...]". (Barro/Sala-i-Martin 1995:11).

Vertreter einer "New Growth Theory" schlagen deshalb vor, A zu endogenisieren. Damit werde ein genaueres Verständnis für die Einflussfaktoren ermöglicht, von denen ökonomisches Wachstum abhängt (Aghion/Howitt 1998). Die Frage, was genau in A einzugehen hat, ist in der Wachstumsliteratur ein vieldiskutiertes Thema. (Grossman/Helpman 1991a, 1991b). Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist dabei besonders die Rolle von Institutionen interessant. In Wachstumsmodellen, die dem institutionellen Umfeld eine Bedeutung für den Output zuschreiben, wird die Effizienz des Faktoreinsatzes von den institutionellen Bedingungen des Geschäftsumfeldes mit bestimmt. In der Literatur wird dabei besonders der Einfluss von vier Typen institutioneller Rahmenbedingungen untersucht: politische Stabilität, die Garantie von Eigentumsrechten, die Durchsetzbarkeit von Verträgen, sowie das Ausmaß an Korruption in einem Staat.

Barro (1991) untersucht den Einfluss der beiden institutionellen Variablen "Marktstörung durch Staatseingriffe" und "Politische Stabilität" auf das wirtschaftliche Wachstum für ein Sample von 98 Staaten in den Jahren zwischen 1960 und 1985. "Politische Stabilität" wird dabei durch die Anzahl der Coups bzw. Revolutionen und die Zahl der politischen Morde pro Einwohner gemessen. Beide institutionellen Variablen beeinflussen Wachstum negativ und signifikant. Alesina, Oezler, Rubini und Swagel (1996) bestätigen den negativen Einfluss politischer Instabilität mit einer alternativen Spezifikation auf der Grundlage der von Barro verwendeten Daten. Für den vorliegenden Kontext sind diese Ergebnisse von Interesse, weil sie zeigen, dass der Einbezug von Variablen, die ausserhalb des neoklassischen Wachstumsmodells liegen, durch die Empirie gerechtfertigt wird. Demnach wirken Faktoren auf das wirtschaftliche Wachstum, die zumindest teilweise intentionalen Eingriffen sozialer Planer unterworfen sind. Für eine Wachstumstheorie, die eine Erklärungskraft über das

notorische "Solow-Residuum" hinaus erlangen will, bedeutet dies, dass politische Variablen in die Modellierung des Wirtschaftswachstums mit einbezogen werden müssen.

Knack und Keefer (1995) nehmen diese Entwicklung der Wachstumstheorie auf. Ihre Arbeit verwendet zur Operationalisierung institutioneller Variablen Daten von privaten Beratungsfirmen, die Risikoeinschätzungen für Investoren vornehmen. Diese Einschätzungen umfassen den Schutz von Eigentumsrechten, die Durchsetzbarkeit von Verträgen, Korruption von Regierungsbeamten und politische Stabilität und sind damit breiter angelegt als Messungen zur politischen Stabilität allein. Unter Einbezug von Standard-Kontrollvariablen wie der ursprünglichen Faktorausstattung erweisen sich diese institutionellen Variablen als signifikant und mit den theoretisch erwarteten Vorzeichen ausgestattet. Diese Ergebnisse bestätigen die Robustheit von Wachstumsschätzungen, die institutionelle Variablen in ihre Analyse mit einbeziehen. Obwohl Knack und Keefer ihre zentralen erklärenden Variablen grundlegend anders operationalisieren als Robert Barro, zeigen die berücksichtigten institutionellen Faktoren signifikante Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Bedeutsam ist auch, dass zwischen verschiedenen Arten von staatlichen Eingriffen unterschieden wird, die Rückschlüsse auf unterschiedliche Bereiche des institutionellen Umfeldes ermöglichen: während die Grundlage des Schutzes von Eigentumsrechten eher in der legalen Basis staatlichen Handelns zu suchen ist, bezieht sich die Durchsetzbarkeit von Verträgen nicht nur auf gesetzlich fixierte Rechtssicherheit, sondern auch auf die judikative Effizienz eines Staates. Institutionelle Rahmenbedingungen sind damit für das wirtschaftliche Wachstum nicht nur aufgrund einer in der Verfassung angelegten generellen Ausrichtung der politischen Organisation von Bedeutung, sondern wirken auch über die Effizienz staatlicher Organe. Mit der Trennung zwischen den legalen Grundlagen einer politischen Einheit und der Umsetzung dieser Grundlagen in staatliches Alltagshandeln können beide Bereiche getrennt untersucht und auf ihre Wirkung für das wirtschaftliche Wachstum hin analysiert werden.

Brunetti, Kisunko und Weder (1997) wählen einen ähnlich breiten Zugang zur Untersuchung der institutionellen Determinanten wirtschaftlichen Wachstums. Ihre Arbeit verwendet Daten aus einer Umfrage unter Geschäftsleuten aus 67 Staaten. Diese Daten, die aus subjektiven Einschätzungen vor Ort gewonnen wurden, dienen als Grundlage für eine alternative Operationalisierung der institutionellen Merkmale "Verlässlichkeit des Regierungshandelns", "Stabilität des politischen Systems", "Schutz von Eigentum" und "Korruption". Alle Maße sind signifikant und robust gegen den Einbezug von Kontrollvariablen. Auch diese Ergebnisse lassen zusammen mit der alternativen Operationalisierung institutioneller Variablen über Umfrageergebnisse auf eine hohe Robustheit des Zusammenhangs zwischen institutioneller Qualität und wirtschaftlichem Wachstum schließen.

Mauro (1995) konzentriert seine Untersuchung institutioneller Merkmale auf die Auswirkungen von Korruption und Ineffizienz der Verwaltung auf das wirtschaftliche Wachstum. Beide Faktoren sind negativ und signifikant mit Wachstum verbunden. Diese Beschränkung auf ineffizientes *Verwaltungshandeln* unterstreicht die Bedeutung von Faktoren, die der Kontrolle staatlicher Stellen unterworfen sind.

Diese Ergebnisse aus dem Umfeld der Wachstumsliteratur lassen wenig Zweifel, dass die Bedingungen des institutionellen Umfeldes eine bedeutsame Rolle für das wirtschaftliche Wachstum eines Staates spielen. Was aber sind die Gründe für den beschriebenen Zusammenhang zwischen institutionellen Variablen und Wirtschaftswachstum? Verbleibt man aus Gründen der theoretischen Sparsamkeit in der neoklassischen Modellwelt, können institutionelle Faktoren als Einfluss auf den Produktivitätsparameter A angesehen werden: institutionelle Bedingungen, die zu einem effizienteren Faktoreinsatz beitragen, sollten positive Wirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum entfalten. Von dieser Effizienzerwägung sind im besonderen Umstände betroffen, die verhindern, dass Faktoren produktiv eingesetzt werden. Je höher der Anteil an den Ressourcen ist, der für nicht-produktive Zwecke verwendet wird, desto geringer sind bei gleicher Faktorausstattung die Raten des wirtschaftlichen Wachstums. Besonders Variablen, die den Einfluss korrupter

und ineffizienter Bürokratien einzufangen versuchen, sprechen diesen Aspekt des institutionellen Umfeldes an.

Aber nicht nur die Effizienz des Faktoreinsatzes kann mit institutionellen Variablen erfasst werden, sondern auch die Faktorausstattung selbst: weil Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung die notwendigen erwarteten *Returns on Investment* erhöht, die ein Investor verlangt, um sein Kapital einzusetzen, erhöht ein unsicheres Geschäftsumfeld die Wahrscheinlichkeit, dass weniger investiert wird. Insbesondere Faktoren wie politische Instabilität und Unsicherheit über den Schutz des Eigentums üben in dieser Sicht einen negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum aus. Investitionen, die große "sunk costs" mit sich bringen, etwa Investitionen in Forschung und Entwicklung, reagieren besonders empfindlich auf einen unsicheren Eigentumsschutz (Kobrin 1987).

Diese Erklärung auf theoretischer Ebene legt zusammen mit der hohen Signifikanz des Einflusses institutioneller Faktoren auf das Wirtschaftswachstum über Replikationen mit verschiedenen Operationalisierungen hinweg die Frage nahe, weshalb Regierungen nicht einfach das institutionelle Umfeld in der vorgeschlagenen Art und Weise verändern, um Wachstum zu fördern. Schließlich ist Wirtschaftswachstum nicht nur ein abstraktes Konstrukt, sondern übt einen direkten und entscheidenden Einfluss auf das Leben zahlreicher Menschen aus.² Sieht man von Faktoren ab, die dem Einfluss des Regierungshandelns entzogen sind, wie etwa strukturellen und geografischen Ursachen für geringe Wachstumsraten (Sachs/Warner 1997; 1995a), so kommen für dieses Rätsel logisch zwei Lösungen in Frage: entweder sind manche Regierungen - obwohl sie es wollen - nicht dazu in der Lage, wachstumsfördernde Politiken zu verfolgen, oder aber es gibt Anreize, die politische Entscheidungsträger davon abhalten, derartige Maßnahmen zu verwirklichen. Wird davon ausgegangen, dass Politiker vor allem am Erhalt ihrer Macht interessiert sind, muss sich der Blick den Faktoren zuwenden, die den

² Robert Barro und Xavier Sala-i-Martin (1995:1) illustrieren die Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums auf anschauliche Weise: wären die USA zwischen 1870 und 1990 mit einer jährlichen Rate von lediglich 0.75% anstelle der tatsächlichen 1.75% gewachsen, so wären sie heute nicht der wohlhabendste von 127 Staaten, sondern stünden lediglich an 37. Stelle.

Verbleib eines Politikers im Amt wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher machen. Da diese Faktoren über die unterschiedlichen Systemtypen "Demokratie" und "Nicht-Demokratie" systematisch variieren, muss danach gefragt werden, welchen Einfluss diesen verschiedenen Systemen zukommt. Am Ende der Betrachtung des Zusammenhangs zwischen institutionellen Rahmenbedingungen und wirtschaftlichem Wachstum steht damit die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum. Dieser Zusammenhang soll im folgenden Abschnitt im Licht bestehender Forschungen näher untersucht werden.

2.2. Theoretische Aussagen

Die Besonderheit von Demokratien besteht im Vergleich zu anderen politischen Systemen in der formal festgelegten Übersetzung der Präferenzen einer Mehrheit der Gesamtbevölkerung in Politik. Politiker konkurrieren um den Machterwerb und versuchen dabei, die Zahl ihrer Stimmen zu maximieren. Aus diesem Mechanismus resultieren Politikangebote, von denen Politiker glauben, dass sie den Präferenzen eines möglichst großen Anteils der Wahlbevölkerung entsprechen. Aus diesem einfachen Modell der politischen Konkurrenz in Demokratien werden in der Literatur auf theoretischer Ebene zwei entgegengesetzte Postulate zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum abgeleitet: während der eine Theoriestrang einen negativen Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum prognostiziert, schreibt der andere Theoriestrang dem politischen System "Demokratie" positive Wachstumsimpulse zu. Die Argumente zu beiden Einflussrichtungen werden in Folgenden nachgezeichnet.

2.2.1. Negativer Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum

Political Business Cycle-Modelle

Nordhaus (1975) und Lindbeck (1976) initiierten mit ihrem Konzept des "Political Business Cycle" eine ganze Forschungsrichtung, die argumentiert, dass

unter Bedingungen eines demokratischen politischen Wettbewerbs ökonomische Ineffizienzen zu erwarten sind. Ausgangspunkt ist eine Phillipskurve, auf der kurzfristig zwischen Wachstum bzw. Arbeitslosigkeit und Inflation gewählt werden kann (Phillips 1958). Politiker, die im Amt sind, haben einen Anreiz, vor den Wahlen die Geld- und/oder Fiskalpolitik expansiv zu gestalten, um kurzfristiges Wachstum und eine Senkung der Arbeitslosigkeit zu induzieren. Diese Entwicklung wird von den Wählern durch Zustimmung für den Amtsinhaber honoriert. Allerdings fallen durch die Expansion auch Kosten an: die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes führt zu inflationärem Druck, der nach den Wahlen durch einen kontraktiven Kurs ausgeglichen werden muss. Überdies sieht sich jede Politik einer langfristigen Phillips-Kurve gegenüber, die für *jede* Inflationsrate die gleiche "natürliche Arbeitslosenrate" beschreibt (Friedmann 1968). In diesem Modell führt das opportunistische Verhalten von Politikern zu Auf- und Abschwüngen der Wirtschaftstätigkeit, die keine Entsprechung in den ökonomischen Basisdaten findet.

Modelle des "Political Business Cycle" vom Nordhaus-Lindbeck-Typ fassen den Wähler als irrational: weder ist er in der Lage, die Konsequenzen einer expansiven makroökonomischen Politik zu antizipieren, noch ist er fähig, aus Beobachtungen zurückliegender Zyklen Schlüsse für die Beurteilung gegenwärtiger Politik zu ziehen (Alesina/Roubini/Cohen 1997:19). Diese Modellierung des Wählers wurde von verschiedenen Autoren kritisiert (Cukierman/Meltzer 1986, Rogoff/Siebert 1988, Rogoff 1990). Persson und Tabellini (1990) schlagen ein Modell des Political Business Cycle vor, das rationale Wähler annimmt, d.h. Wähler, die bei einer gegebenen Ausstattung mit Informationen ihren Erwartungsnutzen maximieren. In diesem Modell gewinnen Wähler durch die Beobachtung der Politik eines Amtsinhabers Informationen über die Kompetenz des Amtsinhabers. Kompetente Amtsinhaber haben ein Interesse daran, ihre Fähigkeiten durch Wachstumsimpulse zu signalisieren und verwirklichen deshalb vor Wahlen eine expansive Politik. Wähler erkennen kompetente Amtsinhaber an einer Inflationsrate, die über ihren Erwartungen liegt. Rogoff und Siebert (1988) schlagen ein Modell vor, in dem kompetente Politiker vor Wahlen Seignorage-Gewinne aus einer inflationären Politik

benutzen, um Regierungsaktivitäten zu finanzieren. Alle um die Macht konkurrierenden Politiker außer jenem mit der geringsten Kompetenz signalisieren durch eine inflationäre Politik ihre politischen Fähigkeiten.

Alle Modelle vom Typ des "rational political business cycle" unterscheiden sich von früheren Fassungen dadurch, dass sie rationale Wähler annehmen. Die Möglichkeit, einen Zyklus zu induzieren, erwächst Politikern aus vorhandenen Informationsasymmetrien, die zu ihren Gunsten wirken: weil Wähler die Ursachen eines wirtschaftlichen Wachstums mit einer Verzögerung erkennen, können Politiker durch makroökonomische Eingriffe ihre Wahlchancen erhöhen. Obwohl in Modellen, die rationale Wähler annehmen, die Zyklen flacher sind und nicht mit derselben Regelmäßigkeit auftreten wie in Nordhaus-Lindbeck-Modellen, stören auch diese expansiven Politiken die wirtschaftliche Tätigkeit durch ihren Eingriff in das ökonomische Gleichgewicht. Gegenüber einem Nullmodell, das keinerlei politische Eingriffe in die Ökonomie annimmt, besteht nach diesen Modellen in Demokratien stets die Möglichkeit von Störungen durch intentionale Eingriffe. Diese Politiken sind nicht von wirtschaftlicher Notwendigkeit, sondern von opportunistischen politischen Erwägungen bestimmt.

Partisan- und Rational Partisan-Modelle

Ein weitere Erklärung für suboptimale Wirtschaftspolitik in Demokratien bieten sogenannte "Rational Partisan"-Modelle. Während die Modellierungen eines Political Business Cycle von ideologisch undifferenzierten Wählern und Politikern ausgehen, liegen Modellen des "Rational Partisan"-Typs die Annahme solche Unterschiede zu Grunde. In ihrer einfachsten Form nehmen diese Modell zwei um die Macht konkurrierende Parteien an, die sich durch ihre Präferenzen für eine bestimmte Politik unterscheiden. Hibbs (1977) zeigt für die OECD-Staaten, dass linke und rechte Regierungen systematisch verschiedene Kombinationen von Inflation, Arbeitslosigkeit und Wachstum hervorbringen. Obwohl seiner Arbeit eine explizite Modellierung fehlt, liegt seinem empirischen Test die Annahme zu Grunde, dass in der Wählerschaft unterschiedliche Präferenzen für Kombinationen von Arbeitslosigkeit bzw. Wachstum und

Inflation gegeben sind, die sich in den von den konkurrierenden Parteien vorgebrachten Politikangeboten und –realisationen abbilden. Linke Parteien wählen wegen ihres hauptsächlich aus Lohnempfängern bestehenden Klientels einen Punkt auf der Phillipskurve, der eine höhere Inflation gegen geringere Arbeitslosigkeit tauscht. Weil die Wähler rechter Parteien einen größeren Teil ihres Einkommens aus Kapitalerträgen beziehen, verfolgen diese Parteien eine Politik, die geringere Inflation und höhere Arbeitslosigkeit verwirklicht. (Alesina/Roubini/Cohen 1997:46-51).

Alesina (1987) schlägt ein Modell vor, in dem die prospektiven Lohnverhandlungen rationaler Wähler je nach gewähltem Regierungstyp nach den Wahlen Auf- oder Abschwünge der Wirtschaftstätigkeit verursachen. Weil Unsicherheit über den Wahlausgang herrscht, werden Löhne vor den Wahlen auf den Durchschnittswert für die jeweils zu erwartenden Inflationsraten beim Sieg einer der beiden Parteien festgelegt. Für den Sieg einer linken Partei prognostiziert das Modell einen Aufschwung nach den Wahlen bei dauerhaft höherer Inflation, für den Sieg einer rechten Partei wird eine rezessive Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung erwartet. Das Modell erlaubt auch Aussagen über die Stärke dieses Effektes: je polarisierter die Positionen der Parteien sind, d.h. je mehr sie sich in ihren Präferenzen für einen bestimmten Punkt auf der kurzfristigen Phillipskurve unterscheiden, desto größer werden die Effekte nach den Wahlen ausfallen.

Eine Erweiterung des Rational Partisan Modells durch Alesina und Rosenthal (1995) bezieht in die Kalkulation der Wähler auch die Beobachtung zurückliegender Ereignisse mit ein: durch den Zustand der Wirtschaft gewinnt ein rationaler Wähler Informationen über den Amtsinhaber. Ein kompetenter Amtsinhaber kann entgegengesetzte ideologische Präferenzen eines Teils der Wählerschaft bis zu einem gewissen Grad ausgleichen. Dieses Modell stellt gegenüber früheren Fassungen insofern eine Verbesserung dar, als es Wählern nicht nur prospektive sondern auch retrospektive Rationalität zugesteht. An den Folgerungen für die wirtschaftlichen Konsequenzen eines parteipolitischen Wettbewerbs ändert es jedoch nichts: auch in diesem Modell kommt es zu höheren Inflationsraten bzw. höherer Arbeitslosigkeit als in einem Nullmodell, in

dem die Politik keine Veränderungen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes herbeiführt.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die verschiedenen Richtungen von "Political-Business-Cycle"- und "Partisan"-Ansätze. Die Trennlinien verlaufen einerseits entlang der Grenze zwischen der Annahme rationaler und irrationaler Wähler, andererseits zwischen den Annahmen über die ideologische Differenziertheit der Politiker.

Tabelle 1: Political Business-Cycle und Partisan-Modelle im Überblick

	Ideologisch undifferenzierte Politi	Parteipoliti
Rationale Wähler	Rogoff/Siebert 1988 Persson/Tabellini 1990	Alesina 1987 Alesina/Rosenthal 1995
Irrationale Wähler	Nordhaus 1975 Lindbeck 1976	Hibbs 1977

Redistributionseffekte

In den vorangegangenen Abschnitten wurden Einflüsse demokratischer Organisation diskutiert, die darauf beruhen, dass Politiker Informationsasymmetrien zu ihren Gunsten ausbeuten, um damit ihren eigenen Nutzen zu maximieren. Modelle, die auf die negative Wirkung von Demokratien auf das wirtschaftliche Wachstum aufgrund von distributiven Maßnahmen abstellen, nehmen dagegen vollständig informierte Wähler und Politiker an. Negative Wirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum werden in diesen Modellen aus einer ungleichen Verteilung der Wählerpräferenzen abgeleitet, die von Politikern berücksichtigt werden, um die Anzahl ihrer Stimmen zu maximieren.

Alesina und Rodrik (1994) gehen von Wählern aus, die unterschiedliche Anteile ihres Einkommen aus Kapital und Arbeit beziehen. Abhängig von der relativen Höhe der Kapitaleinkünfte präferieren diese Wähler unterschiedliche hohe Kapitalsteuern und setzen ihre Präferenzen in Wahlentscheidungen um. Das

einfache Modell von Alesina und Rodrik zeigt, dass unter Bedingungen demokratischer Interessenaggregation Kapital umso höher besteuert wird, je ungleicher das Einkommen verteilt ist. Eine Ungleichverteilung des Einkommens führt unter der empirisch untermauerten Annahme, dass Bezieher höherer Einkommen ihre Einkünfte überproportional aus Kapital generieren, zu einer Faktorausstattung des Medianwählers, die diesen eine Kapitalbesteuerung über jener Steuerrate präferieren lässt, die wachstumsoptimal wäre. Die Präferenzen des Medians resultieren damit in der Nachfrage nach einer unproduktiver Umverteilung von Ressourcen. Weil Politiker in diesem einfachen Modell den Präferenzen des Medianwählers folgen, sind aufgrund dieser Reallokation zu Gunsten des Medianwählers negative Wachstumsimpulse zu erwarten. Für den vorliegenden Kontext ist das Modell vor allem deshalb interessant, weil es dem Staat eine unter Umständen wachstumsfördernde Rolle zuschreibt. Der Staat ist notwendig, um institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die den marktlichen Austausch überhaupt erst zu hinreichend geringen Transaktionskosten ermöglicht. Damit gäbe es also ein optimales Ausmaß an Staatstätigkeit, das von Null abweicht, obwohl diese Staatstätigkeit durch Steuern finanziert werden muss. Wachstumsstörende Impulse gehen vom Staat dann aus, wenn er Interessen berücksichtigt, die nicht mit dem wachstumsoptimalen Maß an staatlichem Eingriff einhergeht. Im diskutierten Modell kommen solche Eingriffe dann zustande, wenn das Einkommen ungleich verteilt ist und nehmen mit der Stärke der Ungleichverteilung zu.

Persson und Tabellini (1994) wählen einen anderen theoretischen Zugang, um die Auswirkung von Einkommensungleichheit in Demokratien zu erklären: in ihrem Modell, das überlappende Generationen annimmt, beeinflusst die Steuerrate individuelle Investitionen in Humankapital. Weil dieser Mechanismus retrospektiv wirkt, haben Individuen, die ärmer sind als ein durchschnittlicher Investor, eine Präferenz für eine Steuerrate, die Investitionen in Humankapital unter dem Level halten, die ein Investor wählen würde. Der Einfluss auf die Wachstumsrate erwächst im Modell aus der Bedeutung der Akkumulation von Humankapital für das wirtschaftliche Wachstum. Liegt das Einkommen des Medianwählers unter dem Einkommen eines durchschnittlichen Investors, was

bei einer Ungleichverteilung des Einkommens gegeben ist, verfolgen unter demokratischen Bedingungen Politiker eine Steuerpolitik, die eine höhere Steuerrate verwirklicht, als es für Investitionen optimal wäre. Damit sinkt die Wachstumsrate unter das mögliche Optimum. Auch in diesem Modell wird dem Staat eine aktive Rolle zugeschrieben: Steuern sind nötig, um Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen der Gewinn aus Investitionen den investierenden Individuen zugute kommt. Abhängig von der Einkommensverteilung kann dieser Gewinn je nach Steuerrate aber unterschiedlich hoch sein. Eine zu hohe Steuerrate hat wachstumsaverse Effekte.

Einflussnahme von Interessengruppen

Die Existenz organisierter Interessengruppen in Demokratien hat manche Autoren vermuten lassen, dass diese Gruppen ineffiziente Maßnahmen zu ihren Gunsten erreichen können und damit einen Wohlfahrtsverlust herbeiführen. Solche Rent-Seeking Aktivitäten verschwenden Ressourcen auf zwei Arten: zu einen führt die Existenz von Monopolen, Quoten, Zöllen und ähnlichem zu einer ineffizienten Ressourcenallokation gegenüber einem kompetitiveren Markt. Zu anderen verursachen auch die Aktivitäten, die zur Erreichung solcher Zustände führen, einen Wohlfahrtsverlust, weil Ressourcen eingesetzt werden, um eine Position zu erreichen, in der Renten abgeschöpft werden können (Tullock 1967, Krueger 1974). Rent-Seeking-Aktivitäten sind nicht auf Demokratien beschränkt. Demokratische Organisation macht aber einerseits die Beschränkung der Bildung und Tätigkeit von Interessengruppen weitgehend unmöglich, andererseits eröffnet sich organisierten Interessen in Demokratien eine größere Zahl von Kanälen, über die Einfluss ausgeübt werden kann (Olson 1982). Überdies sorgt die Responsivität von Politikern in Demokratien dafür, dass Forderungen von Interessengruppen auch berücksichtigt werden: weil sich speziellere Interessen, wie etwa jene von Produzenten, besser organisieren lassen als Interessen, die von einer größeren Gruppe geteilt werden (z.B.: Konsumenten), sind erstere eher in der Lage, einflussreiche Gruppen zu bilden, die ihre Interessen in der politischen Arena vertreten (Olson 1965). Für Demokratien sollte deshalb nach diesen Argumenten ein höherer Wohlfahrtsverlust durch die Einflussnahme

organisierter Interessengruppen entstehen als in Systemen politischer Organisation, die die Bildung von Interessengruppen beschränken und/oder weniger responsiv auf die Aktivitäten von Interessengruppen reagieren.

In einer Betrachtung über die Zeit argumentiert Olson (1982), dass die Zahl und die Möglichkeiten der Einflussnahme von Interessengruppen mit der Zeit zunimmt, in der ein politisches System besteht. Für etablierte Demokratien sollte deshalb ein höherer Wohlfahrtsverlust zu erwarten sein als für Demokratien, in denen Interessengruppen eine geringere Zeit zur Verfügung stand, sich zu organisieren. Dieses Argument ist nicht auf Demokratien beschränkt: auch etablierte Nicht-Demokratien sollten eine größere Zahl an Interessengruppen aufweisen als vergleichbare Systeme geringeren Alters. Durch die größeren Möglichkeiten aber, die sich Interessengruppen in Demokratien bieten, sollte der Wohlfahrtsverlust durch ihre Aktivitäten besonders in etablierten Demokratien groß sein.

Wohlfahrtsverlust bedeutet die Verschwendung von Ressourcen durch ihren Einsatz für nicht-produktive Tätigkeiten. Eine große Zahl von Interessengruppen mit zahlreichen Möglichkeiten der Einflussnahme sollte deshalb *ceteris paribus* zu einem geringeren Wachstum führen als es Staaten aufweisen, in denen die Tätigkeit von Interessengruppen beschränkt ist, oder in denen sich Interessengruppen weniger Einflusskanäle öffnen.

2.2.2. Positiver Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum

Die vorangegangenen Abschnitte haben sich mit theoretischen Argumenten für die negativen Auswirkungen demokratischer Organisation auf das wirtschaftliche Wachstum beschäftigt. Diese Sichtweise ist jedoch nicht unumstritten: Autoren, die theoretisch einen positiven Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum prognostizieren, argumentieren mit der höheren Transparenz und Effektivität demokratischer Systeme im Vergleich zu Systemen nicht-demokratischer Organisation. Demokratie wird in diesen Arbeiten als Mittel gesehen, politische Entscheidungsträger effizient zu überwachen und die Informationskosten zu minimieren. Dadurch erwächst Demokratien ein Vorteil gegenüber Nicht-Demokratien, der sich in den Wachstumsraten abbildet.

Gegenüber eher skeptischen Sichtweisen argumentieren Vertreter des optimistischen Zweiges, dass Ineffizienzen durch Rent-Seeking und Informationsasymmetrien in Demokratien weniger stark ausgeprägt sind als in Nicht-Demokratien. Überdies wird erwartet, dass ein möglicher negativer Einfluss demokratischer Organisation durch positive Merkmale ausgeglichen wird. Im folgenden werden die Argumente zu einem positiven Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum im Einzelnen nachgezeichnet.

Effizienz

Aus einer generellen Perspektive zur Leistungsfähigkeit demokratischer Regime argumentiert Wittmann (1995), dass Demokratien eher als andere Staatsformen geeignet seien, effiziente Resultate herbeizuführen. Weil die Präferenzen eines großen Teiles der Bevölkerung unmittelbar an die gemachte Politik gekoppelt ist und beide Bereiche sich wechselseitig beeinflussen, sinken die Transaktionskosten bei der Herstellung von Politik. Die Rückkopplung zwischen Präferenzen und Politik sorgt für größere Effizienz des Regierungshandelns, weil angenommen wird, dass die Präferenzen der Mehrheit jene sind, die am wirkungsvollsten in Politik umgesetzt werden können.

Wittmann widerspricht auch der These, dass durch demokratische Organisation Politiken begünstigt werden, die Informationsasymmetrien zwischen Wählern und Politikern ausbeuten: wegen der Konkurrenzsituation in einer Demokratie würden jene Politiker gewählt, die am ehesten die „wahren“ Präferenzen einer Mehrheit der Wähler in Politik umsetzen. Der „rational uninformierte“ Wähler (Downs 1956) ist nach Wittmann ein Mythos: die Informationskosten für den einzelnen Wähler seien in Demokratien durch die Konkurrenz von Amtsinhabern und Herausforderern derart gering, dass sie den Nutzen aus einer informierten Entscheidung, die den eigenen Präferenzen entspricht, unterschritten.

Für den Zusammenhang zwischen Demokratie und wirtschaftlichem Wachstum ergeben sich aus diesen generellen Argumenten zwei Folgerungen: zum einen werden Ineffizienzen vermieden, die in Systemen nicht-demokratischer Organisation zur Verschwendung von Ressourcen führen. Der paretosuperiore Ressourceneinsatz, der durch ein demokratisches System

ermöglicht wird, sollte wachstumssteigernde Konsequenzen haben. Zum anderen werden die Präferenzen eines großen Teiles der Bevölkerung mit geringen Transaktionskosten in Politik übersetzt. Deshalb sollten Politiker in Demokratien solche Politiken wählen, die einen wachstumsfördernden Einfluss haben, wenn davon ausgegangen wird, dass eine Mehrheit der Bevölkerung ein Interesse an Wohlfahrtssteigerungen hat.

Transparenz

Ein wichtiges Argument von Vertretern einer positiven Sichtweise des Zusammenhangs zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum ist der Verweis auf die Transparenz staatlichen Handelns, die durch eine demokratische Organisation gewährleistet wird (Wittman 1995). Demokratische Regime sind aus dieser Perspektive besser als nicht-demokratische Regime geeignet, Verhaltensweisen von Entscheidungsträgern zu verhindern, aus denen sich wachstumsaverse Konsequenzen ergeben. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Rolle von Korruption innerhalb des Regierungsapparates: solche wohlfahrtsreduzierenden Aktivitäten werden durch die ständige Überwachung des Regierungshandelns in Demokratien wirksamer als in Nicht-Demokratien verhindert (Brunetti/Kisunko/Weder 1997). Diese speziellere Sichtweise, die sich auf Rent-Seeking-Aktivitäten von Mitgliedern der Regierung konzentriert, argumentiert in eine ähnliche Richtung wie Arbeiten, die eine generell höhere Effizienz demokratischer Organisation postulieren. Aus einer wachstumstheoretischen Perspektive ist hervorzuheben, dass Rent-Seeking-Aktivitäten durch Mitglieder der staatlichen Organisation nicht nur auf direktem Wege Wachstum negativ beeinflussen: wenn staatliche Stellen anfällig für Korruption sind, werden auch durch ökonomische Akteure Ressourcen darauf verwendet, diese Korruption zur Generierung von Renten auszunützen. Der Wohlfahrtverlust ist damit ein doppelter: einmal werden ineffiziente Politiken verwirklicht, weil Politiker und Beamte korrupt sind, zum anderen werden Ressourcen in der ökonomischen Arena fehlallokiert, weil sie benutzt werden, um Renten aus diesen ineffizienten Politiken zu generieren.

Institutionelle Voraussetzungen

Die Betrachtung des Arguments, dass Demokratien eher als andere Organisationsformen dazu geeignet seien, Transparenz zu verwirklichen und damit Korruption zu verhindern, verweist auf andere institutionelle Voraussetzungen, die als wachstumssteigernd oder –vermindernd identifiziert wurden. Die Determinanten institutioneller Rahmenbedingungen, denen ein Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum zugeschrieben wird, wurden oben bereits dargestellt. Neben Korruption sind dies vor allem politische Stabilität, die Garantie von Eigentumsrechten und die Durchsetzbarkeit von Verträgen. Die beiden letzten Faktoren lassen sich unter dem Stichwort „Rechtssicherheit“ subsumieren.

Zur Stabilität des politischen Systems argumentiert Feng (1997) , dass Demokratien aufgrund ihrer größeren Anpassungsfähigkeit innerhalb des bestehenden konstitutionellen Rahmens besser und schneller als Nichtdemokratien geeignet seien, exogene Schocks zu absorbieren und die wachstumsaversen Konsequenzen aus solchen Schocks zu verarbeiten. Aus dieser Perspektive stellen Systeme demokratischer Organisation Redistributionsmechanismen bereit, um Ungleichheiten auszugleichen, die eine schnelle Anpassung an veränderte ökonomische Rahmenbedingungen verhindern würden.

Andere Argumente zur Stabilität betreffen die Probleme, die nicht-demokratischen Systemen im Vergleich zu demokratischen Systemen aus ihrer fehlenden Institutionalisierung der Ablösung von Amtsinhabern erwachsen: wegen fehlender Regeln zum Machtwechsel werden Amtsinhaber häufig durch Staatsstriche oder Massenproteste zum Rücktritt gezwungen. Die resultierende Destabilisierung wirkt negativ auf das wirtschaftliche Wachstum (Hibbs 1973; Barro 1991; Easterly/Rebelo 1993).

Olson (1989) argumentiert, dass Machthaber in Nicht-Demokratien ein "credible commitment problem" zu dauerhaften Garantie von Eigentumsrechten haben. Der Einbezug eines größeren Teils der Bevölkerung in Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien sollte die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Eigentumsrechte dauerhaft garantiert werden. Przeworski und Limongi (1993:52)

verweisen demgegenüber allerdings darauf, dass die Wahrnehmung, Demokratien könnten zum Schutz des Eigentums am besten geeignet sein, eine ideengeschichtlich gesehen relativ neue Vorstellung ist: gerade in der Frühphase der Demokratie in Europa wurde erwartet, dass die Beteiligung großer Bevölkerungsgruppen und die relative Besitzlosigkeit weiter Teile der Bevölkerung zur Verwirklichung von Programmen führt, die durch Enteignung der Besitzenden eine Umverteilung zu Gunsten marginalisierter Gruppen durchführen. Das "credible commitment problem" Olson'scher Provenienz wäre damit ein Argument zur Gleichverteilung ökonomischer Ressourcen in einer Gesellschaft: unter Bedingungen demokratischer Organisation werden Eigentumsrechte dauerhaft und wirksam unter der Bedingung geschützt, dass der Medianwähler durch seine eigene Ressourcenausstattung ein Interesse an dieser Garantie hat.

North (1989) argumentiert, dass unter Bedingungen einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft demokratische Organisation institutionelle Rahmenbedingungen bereitstellt, die transaktionskostenminimierend wirken. Der kausale Zusammenhang ist in diesem Argument jedoch unklar: zwar sorgt demokratische Organisation möglicherweise für eine effizientere Organisation, doch bleiben die Veränderungen, die über eine Veränderung der relativen Preise einen Institutionenwandel herbeiführen, ausdrücklich exogen. Damit ist nicht erklärt, ob Demokratie wirtschaftliches Wachstum fördert, oder ob es umgekehrt das wirtschaftliche Wachstum in Gestalt exogener Veränderungen ist, die demokratische Organisation aus Transaktionskostengründen wahrscheinlicher macht. Das Argument lässt auch offen, warum es gerade die Form demokratischer Organisation sein sollte, die für wachstumsfördernde institutionelle Rahmenbedingungen sorgt: zwar kann demokratische Organisation unter veränderten technologischen Bedingungen transaktionskostenminimierend wirken, aus logischen Gründen ist jedoch nicht plausibel, weshalb die Genese solcher institutionellen Rahmenbedingungen ausschließlich Demokratien vorbehalten sein sollte.

2.2.3. Bewertung der theoretischen Aussagen

Die nachgezeichneten theoretischen Argumente lassen entgegengesetzte und unvereinbare Schlüsse über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum zu: Vertreter einer Konfliktperspektive argumentieren, dass es gerade die Merkmale einer Demokratie sind, die diese Organisationsform ungeeignet machen, eine für das wirtschaftliche Wachstum optimale Politik zu verfolgen. Einerseits gibt es Anreize für Politiker, eine suboptimale Politik zu implementieren, andererseits beschneiden Merkmale der demokratischen Organisation die Möglichkeit, eine wachstumsoptimale Politik zu verfolgen. Argumente aus beiden Richtungen haben aber ihre theoretischen Schwächen: unerklärt bleibt, weshalb Wähler Politiker ins Amt bringen oder dort belassen sollten, die eine Politik verfolgen, die nicht im Interesse einer Mehrheit ist. Der Rekurs auf Informationsasymmetrien oder – in älteren Modellen – die Irrationalität der Wähler bleibt unbefriedigend, wenn argumentiert wird, dass gerade die Konkurrenzsituation in einer Demokratie die von der Mehrheit gewünschte Politik zu den niedrigsten Kosten zur Verwirklichung gelangen lassen sollte. Vor diesem Hintergrund erscheint es vielversprechend, die Annahme zu hinterfragen, ob Wähler in Demokratien tatsächlich die höchste Präferenz für höchstmögliche Wachstumsraten haben. Quinn/Wolley (2000) weichen von dieser Annahme ab und argumentieren, dass Wähler in Demokratien nicht vor allem hohe Wachstumsraten, sondern stabiles Wachstum präferieren. Wenn von einem Trade-Off zwischen Stabilität der Wachstumsraten und ihrer Höhe ausgegangen wird, kann dieser Ansatz eine plausible Erklärung für die Inkonsistenzen bieten, die die angesprochenen Modelle aufweisen.

Modelle, die demgegenüber die Schwierigkeit betonen, eine wachstumsoptimale Politik gegen die Interessen von organisierten Gruppen in der Bevölkerung durchzusetzen, weisen dort ihre Schwächen auf, wo zu erklären wäre, weshalb Interessengruppen eine Multiplikatorfunktion zukommen sollte, i.e., weshalb die Stimmen von Mitgliedern der Interessengruppe wichtiger sein sollten als Stimmen von nicht-organisierten Wahlberechtigten. Um dieses Argument halten zu können, ist es notwendig, von rational uninformierten Wählern auszugehen, deren Informationskosten höher sind als prospektive

Gewinne aus einer informierten Wahl. Hierbei bleibt jedoch die Frage, weshalb unter Bedingungen demokratischer Konkurrenz politische Unternehmer diese Informationen nicht kostengünstig bereitstellen sollten, um damit die Stimmen derer zu gewinnen, in deren Interesse es ist, dass eine wachstumsoptimale Politik verwirklicht wird. Auch dieses Argument wirft also die Frage nach den Präferenzen der Wähler auf und lässt die Annahme problematisch erscheinen, dass eine Mehrheit der Wählerschaft eine Politik präferiert, die hohe Wachstumsraten herbeizuführen in der Lage ist.

Vertreter einer Kompatibilitätsperspektive argumentieren demgegenüber, dass die inhärenten Merkmale, die Systemen demokratischer Organisation eignen, zu größerer Effizienz und zur wachstumsfördernden Bereitstellung von geeigneten institutionellen Rahmenbedingungen führen. Die Schwäche dieser Ansätze liegt darin, dass sie nicht in der Lage sind zu erklären, weshalb sich die Möglichkeit der Bereitstellung wachstumsfördernder institutioneller Rahmenbedingungen auf demokratische Staaten beschränken sollte. Der Zusammenhang zwischen institutionellen Rahmenbedingungen und Staatsform ist in diesen Arbeiten nicht systematisch aus den Merkmalen demokratischer Organisation abzuleiten.

2.2. Empirische Evidenz

Die empirische Überprüfung des Einflusses von Demokratie auf das wirtschaftliche Wachstum erfolgt in der Regel im Rahmen einer Wachstumsregression über verschiedenen Staaten. Dabei ist Wirtschaftswachstum die abhängige Variable, als zentrale unabhängige Variable geht der Demokratisierungsgrad der betrachteten Staaten in die Schätzgleichung mit ein. Üblicherweise werden außerdem Kontrollvariablen mit eingeführt, die sich in früheren Arbeiten als signifikant und robust erwiesen haben. Die Logik dieser Schätzansätze ist simpel: wenn es einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum gibt, sollte er sich in solchen Modellen abbilden. Die Ergebnisse allerdings sind weniger klar als die zu Grunde liegenden empirischen Modelle: Sirowy und Inkeles, die in ihrem Literaturüberblick 15 Ergebnisse aus 13 Studien untersuchen, zählen 11 Ergebnisse, die keinen oder einen lediglich konditionalen Einfluss von Demokratie auf das Wirtschaftswachstum feststellen (1990).

Przeworski und Limongi (1993) untersuchen 18 Arbeiten mit 21 Ergebnissen. Davon zeigen acht einen negativen, acht einen positiven und fünf keinen Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum. Helliwell (1994) findet keinen systematischen Einfluss von Demokratie auf Wachstum. Burkhart und Lewis-Beck (1994) verwenden Granger-Kausalitätstests, um die Richtung des Zusammenhangs zwischen Demokratie und Wachstum zu schätzen. Ihre Folgerung ist, dass ökonomische Entwicklung zwar einen positiven Einfluss auf Demokratisierung hat, der umgekehrte Zusammenhang, der im Kontext der hier vorgetragenen Diskussion von Interesse ist, jedoch nicht gegeben ist. Pourgerami (1992a) findet einen schwach positiven Einfluss eines Maßes von Menschenrechten auf das Wirtschaftswachstum, andere Spezifikationen von Demokratie zeigen dagegen keinen Einfluss. Przeworski, Alvarez, Cheibub und Limongi (1996) finden in ihrer Studie zu Determinanten ökonomischer Entwicklung keinen Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum. Keefer und Knack (1997) berichten über einen je nach Spezifikation negativen oder nicht vorhandenen Zusammenhang, Leblang (1997) sieht eine positive Korrelation, Weede (1996) berichtet gemischte Ergebnisse und Feng (1997) findet einen negativen Zusammenhang.

Tabelle 2 gibt – in chronologischer Reihenfolge – einen Überblick über 30 Ergebnisse von 27 empirischen Studien aus den Jahren 1966-1997. In dieser konzentrierten Betrachtung wird deutlich, dass sich aus den zitierten Untersuchungen keine empirisch fundierten Schlüsse zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum ziehen lassen: die Evidenz ist zu inkonsistent, um Aussagen über eine eindeutige und stabile Wirkung demokratischer Organisation auf das wirtschaftliche Wachstum zuzulassen.

Table 2: Empirische Studien zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum

Studie, Jahr	N*	Einfluss*
Przeworski, 1966	57	Negativ
Adelman/Morris, 1967	74	Konditional
Feierabend/Feierabend, 1972	84	Kein
Dick, 1974	71	Kein
Huntington/Dominguez, 1975	35	Negativ
Russett/Monsen, 1975	80	Kein
Marsh, 1979	80	Negativ
Meyer et al., 1979	23, 50	Kein, Kein
Weede, 1983	74, 93	Kein, Negativ
Berg-Schlosser, 1984	38	Konditional
Kormendi/Meguire, 1985	47	Positiv
Kohli, 1986	10	Kein
Landau, 1986	65	Negativ
Sloan/Tedin, 1987	20	Konditional
Marsh, 1988	55	Kein
Pourgerami, 1988	92	Positiv
Scully, 1988, 1992	115	Positiv
Barro, 1989	72	Positiv
Grier/Tullock, 1989	59	Konditional
Remmer, 1990	11	Kein
Pourgerami, 1992a	106	Positiv
Helliwell, 1994	90	Kein
Przeworski/Alvarez/Cheibub/Limongi, 1996	135	Kein
Weede, 1996		Konditional
Feng, 1997	96	Negativ
Knack/Keefe, 1997	49, 42	Negativ, Kein
Leblang, 1997	232	Positiv

* mehr als eine Angabe: Untersuchung verschiedener Sample in derselben Studi

2. 3. Fazit: was wir wissen und was nicht

Die Widersprüchlichkeit der theoretischen Aussagen lässt es zusammen mit der uneinheitlichen empirischen Evidenz schwierig erscheinen, ein Fazit aus den vorgetragenen Argumenten und Studien zu ziehen. Weitgehend unstrittig scheint zu sein, dass institutionelle Rahmenbedingungen einen signifikanten Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum ausüben. Ungeklärt ist dagegen die Frage, ob Demokratien besonders gut geeignet sind, wachstumsfördernde institutionelle Rahmenbedingungen bereitzustellen, oder ob sie durch ihre Logik der Organisation gerade im Gegenteil verhindern, dass die institutionellen Rahmenbedingungen eine wachstumsfördernde Ausgestaltung erfahren. Damit lässt sich zumindest eine Schlussfolgerung aus den vorgetragenen Arbeiten

ziehen: institutionelle Rahmenbedingungen üben einen entscheidenden Einfluss auf wirtschaftliches Wachstum aus, der Einfluss der politischen Organisation aber bleibt ungeklärt.

Einer politikwissenschaftlich angelegten Arbeit muss es vor dem Hintergrund dieser defizitären Erkenntnislage darum zu tun sein, institutionelle Rahmenbedingungen in ihrer politischen Dimension zu berücksichtigen. Die Bereitstellung institutioneller Rahmenbedingung sollte systematisch in der Logik des politischen Prozesses verortet werden. Im folgenden sollen die Desiderate, die sich aus diesen Schlussfolgerungen ergeben, im Rahmen eines polit-ökonomischen Modells berücksichtigt werden. Ziel ist es, ein Modell zu entwickeln, das aus den systematischen Unterschieden über unterschiedliche Systemtypen hinweg Aussagen über die Konsequenzen dieser Differenzen für das Wirtschaftswachstum treffen kann.

3. Ein Modell institutioneller Wirkung

3.1. Vorüberlegung Oder Warum ein Modell?

Die vorangegangenen Abschnitte haben deutlich gemacht, dass eine einheitliche Theorie zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum nicht existiert. Die vorgetragenen Ansätze weisen unter dem Aspekt der Theoriebildung zwei Schwachpunkte auf: zum einen berücksichtigen sie jeweils nur einen Mechanismus, der wachstumsfördernd oder wachstumshemmend wirkt. Je nach Schwerpunkt der Betrachtung sind dies entweder das eigeninteressierte Verhalten von Politikern gegenüber uninformierten und teilweise irrationalen Wählern, oder die Einflussnahme von unterschiedlich stark organisierten Interessen aus der Wählerschaft. Zum anderen fassen bestehende Theorien politische Systeme lediglich als entweder demokratisch oder nicht-demokratisch. Diese dichotomische Herangehensweise verstellt den Blick auf die Tatsache, dass es unterschiedliche Ausmaße von Demokratie gibt, von denen Autokratien und Demokratien des westlichen Typs lediglich die Extreme auf einem Kontinuum darstellen³. An ein Modell, das den Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum erklären will, sind vor diesem Hintergrund zwei Forderungen zu stellen: Erstens muss es die Perspektiven von Politikern und Staatsbürgern gleichermaßen berücksichtigen, zweitens muss es die Möglichkeit berücksichtigen, dass politische Einheiten auch Merkmale aufweisen können, die sie als Zwischenstufen zwischen idealtypischer Autokratie und idealtypischer Demokratie verortbar machen. "Demokratie" und "Autokratie" soll im vorliegenden Zusammenhang heißen: das Ausmaß, in dem die Bevölkerung eines Staates an der Findung seiner Politik beteiligt ist.

³ Aus der Perspektive einer normativ informierten politischen Theorie, die die Unteilbarkeit bestimmter Merkmale voraussetzt, um von einer "Demokratie" sprechen zu können, ist diese Herangehensweise gerechtfertigt. Die vorliegende Arbeit dagegen unterwirft den Zusammenhang zwischen politischer Beteiligung und wirtschaftlichem Wachstum einer positiven Analyse. Für diesen Anspruch ist eine Trennung zu ungenau, die auf die Frage, ob es sich bei einem vorgefundenen politischen System um eine Demokratie handelt, nur die Antworten "Ja" oder "Nein" kennt.

Eine dritte Forderung, die sich nur bedingt aus den Mängeln bestehender Modelle ergibt, ist jene nach Sparsamkeit. Unter Parsimonitätskriterien sollte ein Modell mit so wenig Annahmen wie möglich weitreichende Aussagen zu machen in der Lage sein. Unter Berücksichtigung dieser Forderung wird im vorliegenden Modell die Methode der Präferenzaggregation in einem Staates, die oben als "Findung von Politik" beschrieben wurde, dahingehend gefasst, dass sie das Ausmaß beschreiben soll, in dem die Bürger eines Staates am Amtserhalt eines Amtsinhabers beteiligt sind. Diese Herangehensweise erlaubt es, nicht nur idealtypische Demokratien zu erfassen, sondern darüber hinaus auch politische Systeme in die Analyse mit einzubeziehen, in denen die Beteiligung von Gruppen der Bevölkerung zwar nicht institutionalisiert und formalisiert ist, ein Amtsinhaber aber gleichwohl Rücksicht auf diese Bevölkerungsgruppen nehmen muss, um seinen Verbleib im Amt sicherzustellen.

Ein zweiter Aspekt der modelltheoretischen Sparsamkeit ist die Zahl der Verhaltensannahmen, die das Modell benötigt, um zu seinen Aussagen zu gelangen. Um diese Zahl möglichst gering zu halten, verwendet das vorliegende Modell einfachste Rationalitätskriterien. Individuen sind danach indifferent zwischen zwei Handlungsalternativen, wenn ihnen aus beiden Alternativen der gleiche Erwartungsnutzen erwächst. Die Rechtfertigung für eine solche Herangehensweise kann letztlich nur ein Test der Erklärungskraft des jeweiligen Modells liefern.⁴

3.2. Modellierung

Angenommen wird ein Amtsinhaber, der über Politikformulierung und Politikimplementation entscheidet. Die Präferenzen des Amtsinhabers seien auf zwei Dimensionen abzubilden: Verbleib im Amt (1) und Generierung von Einkommen aus dem Amt (2). Da (1) eine notwendige Bedingung für (2) ist, sind beide Dimensionen voneinander abhängig. An der Grenze präferiert der

⁴ Vertreter einer sozialkonstruktivistischen Perspektive mögen argumentieren, dass auch der wissenschaftliche Diskurs seine Bedeutung erst in der Interaktion der beteiligten Individuen erlangt. Vor diesem Hintergrund verweist der Autor auf seine *Überzeugung*, dass "Most human behavior is rational; some isn't." (Wuffle 1999).

Amtsinhaber deshalb seinen Verbleib im Amt über die Generierung von Einkommen. Einkommen aus seinem Amt erwächst dem Amtsinhaber abhängig vom institutionellen Kontext: seine Einkommensquelle kann aus einem gesetzlich festgelegten Lohn bestehen, aus Renten, die er kraft seines Amtes für sich selbst der Volkswirtschaft seines Landes entzieht, oder aus einem Mix beider Einkommensarten. Weiter wird angenommen, dass zu jeder Zeit mindestens ein Konkurrent um das Amt existiert, d.h. mindestens ein Individuum, das bereit wäre, das Amt des Amtsinhabers zu übernehmen, falls die Möglichkeit dazu gegeben ist.

Die Existenz eines Konkurrenten schließt aus, dass der Amtsinhaber Sicherheit darüber erlangen kann, ob er sich zu einem gegebenen Zeitpunkt in der Zukunft noch im Amt befinden wird. Der Amtsinhaber schreibt deshalb zukünftigen Zuständen, die zwischen "Amtserhalt" und "Verlust des Amtes" variieren, bestimmte Wahrscheinlichkeiten zu. Seine Nutzenfunktion in der Gegenwart lässt sich damit beschreiben als:

$$u(t_0) = p_{t_0}M_{t_0} + p_{t_1}M_{t_1} + \dots + p_mM_m \quad (3.1.)$$

Dabei ist $u(t_0)$ der gegenwärtige Nutzen des Amtsinhabers, M das Einkommen aus seinem Amt zum Zeitpunkt t und p die Wahrscheinlichkeit, sich zum Zeitpunkt t noch im Amt zu befinden.

Das Verbleiben im Amt ist davon abhängig, ob der Amtsinhaber die zu einem Verbleib im Amt notwendige Unterstützung erhält. Die "notwendige Unterstützung" ist ihrerseits abhängig vom institutionellen Kontext eines gegebenen Staates: sie variiert je nach Größe jener Gruppe, die einen Verbleib im Amt sicherstellt⁵. Die Größe dieser Gruppe kann dabei als "Ausmaß an Demokratie" beschrieben werden. Sie bewegt sich zwischen Null in einer idealtypischen Autokratie und dem Median der (erwachsenen) Gesamtbevölkerung in einer idealtypischen Demokratie.

⁵ Bueno de Mesquita, Morrow, Siverson, und Smith (1999), bezeichnen diese Gruppe in ihrem Modell als "winning coalition". Weil das vorliegende Modell in wesentlichen Punkten von Bueno de Mesquitas et al. abweicht, wird hier eine andere Bezeichnung gewählt.

Der Amtsinhaber kann die Wahrscheinlichkeit seines Verbleibs im Amt beeinflussen, indem er den Nutzen jener Individuen erhöht, aus denen die für seinen Amtserhalt entscheidende Gruppe besteht. Dazu stehen ihm drei Möglichkeiten zur Verfügung: zum einen kann er den Mitgliedern der unterstützenden Gruppe Renten zukommen lassen, zum anderen kann er öffentliche Güter in Form von Politik bereitstellen, die den Nutzen der Gesamtbevölkerung erhöhen und damit auch jenen der Mitglieder der unterstützenden Gruppe, zum dritten kann er einen Mix aus Renten und Politik bereitstellen.

Der Amtsinhaber teilt damit ein Budget für folgende drei Verwendungszwecke: Einkommen für sich selbst, Einkommen für die Mitglieder seiner Unterstützerguppe und Produktion öffentlicher Güter. Die Ausgaben für einen Verbleib im Amt können als Investitionen in das politische Überleben des Amtsinhabers verstanden werden, deren Größe und Art je nach institutionellem Kontext, i.e. Größe der für einen Verbleib im Amt notwendigen Gruppe, variieren. Dem Amtsinhaber stellt sich folgendes Maximierungsproblem:

$$u(i_0,0)=\max_0^{\infty} \int e^{-pt} v(i_t, M_t) dt \quad (3.2)$$

Dabei ist u der gegenwärtige Nutzen des Amtsinhabers, i seine Investitionen in Renten für seine Unterstützer und öffentliche Güter, M und p beschreiben wie zuvor jeweils das Einkommen des Amtsinhabers und die Wahrscheinlichkeit seines Verbleibens im Amt und t ist der Zeitraum, über den der Amtsinhaber maximiert. Die Diskontierung über den Zeitraum, d.h. die Bewertung zukünftiger Gewinne gegenüber der Gegenwart, sind durch den Wahrscheinlichkeitsparameter p beschrieben. Die Entscheidung, die der Amtsinhaber in der Gegenwart zu fällen hat, ist jene über den Anteil aus dem Budget, den er für sein politisches Überleben aufwenden will und die Art, wie er

eine solche Investition verwenden will⁶ Weil der Amtsinhaber an der Grenze den Verbleib im Amt über die Generierung von Einkommen präferiert, wendet er sein Budget zunächst dafür auf, die Wahrscheinlichkeit seines Überlebens i Amt sicher zu stellen. Nur wenn es der institutionelle Kontext erlaubt, wird er aus dem Budget einen größeren Anteil an Renten für sich selbst sicherstellen können. Der institutionelle Kontext bestimmt auch in einer zweiten Weise, ob eine solche Generierung von Einkommen möglich ist: in empirisch vorgefundenen Demokratien westlichen Typs ist es nicht der Entscheidung des Amtsinhabers überlassen, wie hoch sein Einkommen ist. Vielmehr hängt das Einkommen des Amtsinhabers vom Mehrheitswillen ab. In solchen institutionellen Zusammenhängen ist der Amtsinhaber bei der Generierung von Einkommen doppelt beschränkt: zum einen verhindert die Größe der unterstützenden Gruppe zusammen mit einer Budgetrestriktion (siehe folgenden Absatz), dass sich der Amtsinhaber ein Einkommen in der Höhe des Gesamtbudgets sichert. Zum anderen ist die Möglichkeit solcher Einkommensgenerierung explizit durch Gesetz untersagt.

Die Entscheidung über den Anteil am Budget, den sich der Amtsinhaber kraft eigener Machtfülle zuerkennen kann, ist also auf spezielle institutionelle Bedingungen beschränkt. Die zweite Frage aber, nämlich auf welche Art in das politische Überleben investiert werden soll, stellt sich – abgesehen von Fällen, in denen die Größe der Unterstützungsgruppe gleich Null ist – unter allen Zusammenhängen. Diese Frage kann nur beantwortet werden, wenn der Nutzen eines repräsentativen Unterstützers in die Betrachtung mit eingeht. Es soll angenommen werden, dass der Nutzen eines repräsentativen Unterstützers definiert ist durch:

$$u_i = \left(\frac{R}{n} + PG \right) - T_i, \quad (3.3.)$$

⁶ Die formale Lösung dieses dynamischen Maximierungsproblems übersteigt den Rahmen der vorliegenden Arbeit. Lösungsansätze bietet die Optimal Control Theory (Arrow/Kurz 1970; Kamien/Schwartz 1981).

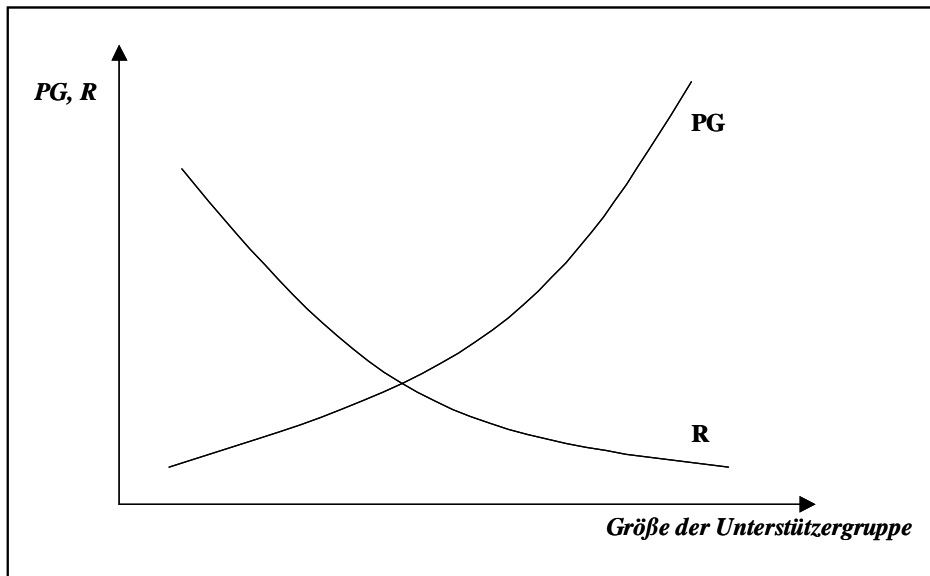
Dabei ist u_i der Nutzen des i 'ten Individuums einer Unterstützerguppe, R der Anteil aus einem Budget, der für Rentenzahlungen an die Unterstützerguppe aufgewendet wird, n die Zahl der Personen in der Unterstützerguppe, PG das Ausmaß, in dem der Amtsinhaber öffentliche Güter bereitstellt und T_i die Steuerlast des i 'ten Individuums.

Der Nutzen eines Individuums wird damit bei endlich großem R umso kleiner, je größer die unterstützende Gruppe wird. Demgegenüber erhöht sich der relative Wert öffentlicher Güter, weil deren Wert aufgrund ihrer joint-consumption-Charakteristik nicht von der Anzahl der Individuen beeinflusst wird, die sie konsumieren.

Bei einer größeren Gruppe, die notwendig ist, um im Amt zu verbleiben, bietet sich dem Amtsinhaber damit ein Anreiz, anstelle von Renten zunehmend öffentliche Güter bereitzustellen, um seinen Verbleib im Amt wahrscheinlicher zu machen. Bei sehr großen unterstützenden Gruppen, wie sie für Demokratien kennzeichnend sind, wird der Wert von Renten für Mitglieder der unterstützenden Gruppe so gering, dass ausschließlich öffentliche Güter produziert werden.

Zusammenfassend sollte festgehalten werden, dass die Produktion öffentlicher Güter in einem Staat von seinem institutionellen Kontext abhängt: in Staaten, in denen nur der Nutzen einer kleinen Unterstützerguppe erhöht werden muss, wird nur eine kleine Menge an öffentlichen Gütern bereitgestellt, weil es für den Amtsinhaber lohnend ist, den Nutzen seiner Unterstützerguppe durch die Auszahlung von Renten zu erhöhen. Wird die unterstützende Gruppe größer, sinkt der Wert von Renten gegenüber dem Wert von öffentlichen Gütern. Der Amtsinhaber tauscht in einer solchen Situation Rentenzahlungen gegen die Produktion öffentlicher Güter. Bei großen Unterstützerguppen sinkt der Wert von Renten so weit, dass nur noch öffentliche Güter bereitgestellt werden. Abbildung 1 veranschaulicht schematisch diesen Zusammenhang.

Abb. 1: Größe der unterstützenden Gruppe und die Entwicklung von Renten und öffentlichen Gütern*



***R:** Rentenzahlungen an Unterstützer; **PG:** Öffentliche Güter

Diese Darstellung vernachlässigt das Einkommen des Amtsinhabers. Wie bereits diskutiert, ist dieses nicht nur von der Größe der unterstützenden Gruppe abhängig, sondern auch von den institutionellen Gegebenheiten, die die Möglichkeit der Einkommensgenerierung festlegen. Für die wirtschaftlichen Konsequenzen (s.u.) ist die Bedeutung des Einkommens des Amtsinhabers ohnedies von nachrangiger Bedeutung.

3.3. Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum

Die bisherige Betrachtung beschränkte sich darauf, die Art der Güter zu modellieren, die von einem Amtsinhaber je nach institutionellem Kontext bereitgestellt werden. Ein zweiter Schritt muss nun nach den Konsequenzen fragen, die sich aus den jeweils bereitgestellten Gütern für das wirtschaftliche Wachstum ergeben.

Im vorliegenden Modell werden Renten ihrer Standarddefinition gemäß als unproduktiv betrachtet. Die Auszahlung von Renten hat über den Effekt, den der Konsum dieser Renten auf die Wirtschaft ausübt, wachstumsaverse Konsequenzen. Gegenüber einem Nullmodell ohne Staatseingriff ist von Rentenzahlungen eine Senkung der Wirtschaftstätigkeit zu erwarten: zum einen werden Ressourcen nicht mit der größtmöglichen Effizienz eingesetzt, zu anderen werden Ressourcen verschwendet, um die Fehlallokation von Ressourcen zu erreichen. Für Staaten, in denen der Verbleib im Amt von einer kleinen Unterstützergruppe abhängt, ist daher eine geringe Wachstumsrate zu erwarten.

Staatseingriffe können aber auch auf effizienzsteigernde Art wirken. Aus der Diskussion um wachstumsfördernde institutionelle Rahmenbedingungen ist die Wichtigkeit von Politiken deutlich geworden, die den Faktoreinsatz effizienter machen und damit zu höherem Wachstum beitragen. Die empirische Literatur identifiziert vor allem vier Faktoren von Bedeutung: Stabilität, Rechtssicherheit, Schutz des Eigentums und Bekämpfung von Korruption. Politiken, die solche Bedingungen bereitstellen, können als öffentliche Güter i Sinne des Modells angesprochen werden. Ihre Bereitstellung erhöht die Effizienz des Faktoreinsatzes. Auf einer weniger abstrakten Ebene können auch die Qualität des Bildungssystems eines Landes und seine Infrastruktur als öffentliche Güter gefasst werden. Alle diese Faktoren tragen positiv zum Wachstum bei. In dem Maße, wie mit einer wachsenden Größe der unterstützenden Gruppe öffentliche Güter anstelle von Renten zur Sicherung des Amtserhalts bereitgestellt werden, sollte ein Erhöhung des wirtschaftlichen Wachstums zu beobachten sein. Fraglich bleibt, ob mit steigender Größe der unterstützenden Gruppe auch Faktoren an Bedeutung gewinnen, die negativ auf das

Wirtschaftswachstum wirken. Die Existenz solcher Faktoren und ihr Zusammenspiel mit den positiven Wachstumsimpulsen öffentlicher Güter soll im folgenden Abschnitt diskutiert werden.

3.4. Diskussion: wohlwollende Diktatoren, dumme Demokraten?

Ein zentrales Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es zu erklären, weshalb manche Nicht-Demokratien eine höhere ökonomische Leistungsfähigkeit aufweisen als Demokratien. Vor dem Hintergrund des vorgetragenen Modells muss deshalb gefragt werden, wodurch sich in Demokratien wachstumsaverse Konsequenzen ergeben können. Um diese Frage beantworten zu können, muss daran erinnert werden, dass die Produktion öffentlicher Güter ebenso wie die Auszahlung von Renten einer Budgetbeschränkung unterworfen ist: beide Arten von Investitionen, die der Amtsinhaber in sein politisches Überleben vornimmt, müssen durch Steuern finanziert werden.

Negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum können dann erwartet werden, wenn der Beitrag öffentlicher Güter zur Effizienzsteigerung einen abnehmenden Grenzertrag aufweist, Investitionen in die Volkswirtschaft als Reaktion auf die Steuerlast aber linear abnehmen. Unter der Annahme eines solchen Mechanismus würde der wachstumsaverse Effekt von Steuern, die notwendig sind, um öffentliche Güter zu produzieren, ab einer bestimmten Grenze nicht länger durch den positiven Effekt öffentlicher Güter aufgewogen werden. Der Nettoeffekt wäre damit negativ. Unter der Bedingung, dass der Amtserhalt von einer großen Unterstützergruppe abhängt und deshalb nur öffentliche Güter bereitgestellt werden, sollte deshalb ein geringeres Wachstum zu beobachten sein als unter Bedingungen, die eine geringere Produktion öffentlicher Güter und deshalb eine geringere Steuerlast ermöglicht.

Wenn angenommen wird, dass in Demokratien ausschließlich öffentliche Güter bereitgestellt werden, um die Wahrscheinlichkeit eines Verbleibens im Amt zu erhöhen, können sich Amtsinhaber und Herausforderer lediglich in der Art und dem Ausmaß der öffentlichen Güter unterscheiden, die sie bereitstellen bzw. bereitzustellen versprechen. Im einfachsten Demokratiemodell folgen beide Politiker den Präferenzen des Medianwählers. Wenn der Medianwähler eine

größere Menge öffentlicher Güter über eine geringere Menge öffentlicher Güter zu den gleichen Kosten präferiert, sollte sich als Konsequenz daraus ein Politikangebot ergeben, das möglichst viele öffentliche Güter zu einem Preis bereitstellt, der den Medianwähler besser stellt als eine geringere Menge öffentlicher Güter zu einem geringeren Preis. Politiker werden also in einer Demokratie das bereitgestellte Ausmaß an öffentlichen Gütern so lange erhöhen, bis für den Medianwähler der Nutzenverlust aus der Notwendigkeit, diese Güter zu finanzieren gleich dem Nutzengewinn aus den öffentlichen Gütern ist. Dies ist durch eine ungleiche Verteilung der Steuerlast zur Finanzierung der öffentlichen Güter zu erreichen: wenn Bezieher von Einkommen, die über dem Einkommen des Medianwählers liegen, einen größeren Teil der öffentlichen Güter finanzieren als der Medianwähler, kann die Grenze, an der der Medianwähler indifferent ist zwischen Nutzengewinn aus öffentlichen Gütern und Nutzenverlust aus einer Erhöhung der Steuerlast, nach außen verschoben werden. Diese Verschiebung resultiert aus der Logik des politischen Wettbewerbs, in dem Politiker ihre Wahlchancen dadurch erhöhen, dass sie möglichst viele öffentliche Güter zu einem für den Medianwähler möglichst geringen Preis anbieten.

Die negativen Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum werden durch diesen Mechanismus noch verstärkt. Wenn angenommen wird, dass Bezieher höherer Einkommen einen größeren Anteil ihres Einkommens sparen und damit investieren, wird der Volkswirtschaft auf zwei Arten Investivkapital entzogen: zum einen durch die Steuerbelastung, die durch die Notwendigkeit entsteht, öffentliche Güter zu finanzieren, zum anderen durch die progressive Besteuerung höherer Einkommen.⁷

Das vorgelegte Modell verzichtet damit auf die Annahme unvollständig informierter oder gar irrationaler Wähler. Den negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in Demokratien liegt vielmehr ein Kollektivhandlungsproblem zu Grunde, in dem rationale Individuen ihren

⁷ Diese Aussage ist haltbar, wenn von Nutzenfunktionen ausgegangen wird, die für den Konsum einen stärker abnehmenden Grenznutzen als für Sparen aufweisen. In diesem Fall investieren Bezieher höherer Einkommen einen überproportional höheren Anteil ihres Einkommens als Bezieher geringerer Einkommen.

eigenen Nutzen maximieren und durch diese Maximierung zu einem paretoinferioren Gleichgewicht gelangen. Andererseits ist es für die Erklärung hoher Wachstumsraten in manchen Autokratien nicht notwendig, auf das Konzept eines "wohlwollenden Diktators" zu rekurrieren. Vielmehr folgt auch hier die Möglichkeit hohen wirtschaftlichen Wachstums aus der Logik von Amtserhalt und politischer Unterstützung.

3.5. Hypothesenbildung

Das vorgetragene Modell kann nun dazu verwendet werden, Hypothesen zum Zusammenhang zwischen Beteiligungsgrad der Bevölkerung und wirtschaftlichem Wachstum abzuleiten. Aus den Argumenten zur Produktion öffentlicher Güter wird deutlich, dass beim Einfluss auf das Wirtschaftswachstum zwei gegenläufige Konsequenzen zu berücksichtigen sind: zum einen die wachstumsfördernden Wirkungen der Produktion öffentlicher Güter, zum anderen die wachstumsaversen Wirkungen, die sich aus den Kosten ergeben, die zur Produktion öffentlicher Güter über Steuern finanziert werden müssen. Die Annahmen über den abnehmenden Grenzertrag öffentlicher Güter im Hinblick auf die Faktorproduktivität und über den linearen Charakter des Rückgangs der Investitionen legt die Hypothese nahe, dass es einen Optimalpunkt des Beteiligungsgrades gibt, an dem der positive Effekt der Produktion öffentlicher Güter den negativen Effekt des Investitionsrückgangs maximal übersteigt:

H1: Der Zusammenhang zwischen Demokratie und wirtschaftlichem Wachstum ist nichtlinear. Eine Zunahme der Demokratie führt bis zu einem gewissen Punkt zu Wachstumssteigerungen, nach Überschreiten dieses Punktes zu einem Rückgang des Wachstums.

Das dem Argument zu Grunde liegende Modell macht Aussagen über die Produktion öffentlicher Güter, die sich bei einer empirischen Betrachtung in der Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen abbilden sollte. Hypothese 2 fasst diesen Zusammenhang:

H2: Je höher der Demokratisierungsgrad eines Landes ist, desto höher ist die Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen.

Die wachstumsaversen Konsequenzen ergeben sich aus dem Rückgang der Investitionen bei einer Erhöhung der Steuerlast. Dieser Effekt sollte um so stärker zu beobachten sein, je leichter Investivkapital unter anderen steuerlichen Bedingungen reallokiert werden kann. Diese Bedingungen lassen sich vor allem durch die wirtschaftliche Offenheit eines Landes gegenüber dem Ausland erfassen. Aus dieser Überlegung ergibt sich Hypothese 3.

H3: In wirtschaftlich offenen Ländern ist der wachstumsaverse Effekt von Besteuerung wirksamer als in wirtschaftlich geschlossenen Staaten.

4. Empirische Überprüfung

4.1. Ableitung des Schätzansatzes

Das folgende ökonometrische Modell hat das Ziel, den Einfluss unterschiedlicher Beteiligungsgrade der Bevölkerung eines Landes auf das wirtschaftliche Wachstum zu schätzen. Es geht von einer neoklassischen Funktion aus, die den Gesamtoutput einer Volkswirtschaft beschreibt. (Barro/Sala-i-Martin 1995; Mankiw/Romer/Weil 1992):

$$Y_{i,t} = A_{i,t} K_{i,t}^{\alpha} L_{i,t}^{\beta}, \quad (4.1.)$$

Darin ist K der Input an physischem Kapital, L der Input an Arbeit und A ein Parameter der die Effizienz beschreibt, mit der die Faktoren eingesetzt werden können. Subskripte i und t beschreiben die Funktion für Land i zum Zeitpunkt t, α und β sind Parameter mit $\alpha + \beta \leq 1$, die die Elastizität des Outputs auf Veränderungen des Inputs beschreiben. In diesem neoklassischen Baseline-Modell ist der Produktivitätsparameter A exogen. Diese Exogenitätsannahme wird im folgenden Schritt aufgegeben, um Unterschiede in den Wachstumsraten verschiedener Länder genauer erklären zu können (Aghion/Howitt 1998). Im vorliegenden Kontext wird angenommen, dass A durch folgende Faktoren bestimmt wird:

- Offenheit: im neoklassischen Modell beschreibt A vor allem die verfügbare Technologie. Diese Verfügbarkeit kann genauer spezifiziert werden, indem sie als Funktion der Offenheit eines Landes gesehen wird: ökonomischer Austausch über Grenzen hinweg erlaubt es Staaten, Technologie und Ideen zu importieren (Grossman/Helpman 1991a).
- Humankapital: Technologie muss eingesetzt werden, um wirtschaftlich effektiv werden zu können. Diese Einsatzfähigkeit ist eine Funktion des Anteils an gut ausgebildeten Personen an der Erwerbsbevölkerung (Benhabib/Spiegel 1994).
- Öffentliche Güter: Die Produktion von Öffentlichen Gütern beeinflusst die Effizienz des Faktoreinsatzes positiv. "Öffentliche Güter" soll dabei die

Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen (Rechtssicherheit, Abwesenheit von Korruption, Vertragsfreiheit), die Investitionen eines Landes in seine Infrastruktur, die Qualität des Bildungssystems und andere Faktoren beschreiben.

Damit lässt sich die Faktorproduktivität darstellen als:

$$A_{i,t} = HC_{i,t-1}^{\gamma} OPEN_{i,t-1}^{\eta} PG_{i,t}^{\sigma} \quad (4.2)$$

Hierbei ist HC die Ausstattung mit Humankapital, OPEN ein Maß für die wirtschaftliche Offenheit eines Landes und PG die Öffentlichen Güter, die ein Land produziert. Alle Faktoren weisen die Eigenschaft abnehmender Grenzerträge auf, d.h. $\gamma, \eta, \sigma < 1$. HC und OPEN sind zeitlich verschoben, weil angenommen wird, dass ihr Effekt mit einer Verzögerung wirksam wird.

(4.2.) in (4.1) ergibt:

$$Y_{i,t} = \left(HC_{i,t-1}^{\gamma} OPEN_{i,t-1}^{\eta} PG_{i,t}^{\sigma} \right) K_{i,t}^{\alpha} L_{i,t}^{\beta} \quad (4.3)$$

Diese Gleichung kann vereinfacht werden, wenn angenommen wird, dass die Funktion vom Cobb-Douglas-Typ ist und K und L perfekte Substitute sind (Barro/Sala-i-Martin 1995):

$$Y_{i,t} = \left(HC_{i,t-1}^{\gamma} OPEN_{i,t-1}^{\eta} PG_{i,t}^{\sigma} \right) K_{i,t}^{\alpha} \quad (4.4)$$

Die Produktion öffentlicher Güter unterliegt jedoch einer Budgetbeschränkung, die sich aus den begrenzten Ressourcen, die dem Staat zur Produktion öffentlicher Güter zur Verfügung steht, ergibt. Im einfachsten Fall ist die (geschlossene) Volkswirtschaft beschrieben durch:

$$Y = C + I + G, \quad (4.5)$$

Dabei ist Y der Gesamtoutput, I die Investitionen, C Konsum und G der Staatsanteil an der Volkswirtschaft. Es wird angenommen, dass der Staatsanteil

gleich den Steuern ist ($G=T$) und dass höhere Steuern Investitionen verringern. Diese zweite Annahme ist plausibel, wenn berücksichtigt wird, dass Investoren c.p. umso eher bereit sind zu investieren, je höher der Anteil ist, der ihnen vom Gewinn nach Steuern verbleibt.

Die Veränderung der Investitionen als Reaktion auf Veränderungen der Besteuerung lassen sich darstellen als:

$$\Delta I_{i,t} = \xi (G_{i,t-1} - G_{i,t}) \quad (4.6)$$

Dabei ist ξ die Elastizität der Investitionen I als Reaktion auf die Veränderung des Staatsanteils, i.e. der Steuern.

Für die Höhe der Investitionen folgt daraus:

$$I_{i,t} = I_{i,t-1} + \xi (G_{i,t-1} - G_{i,t}). \quad (4.7)$$

Damit ist die Höhe der Investitionen im Zeitpunkt t abhängig von den Investitionen in der Vorperiode und der intertemporalen Veränderung des Staatsanteiles an der Ökonomie.

Nach dem in Abschnitt 3 entwickelten Modell hat die Regierung folgende drei Möglichkeiten, ihre Einnahmen aus Steuern zu verwenden:

- Produktion öffentlicher Güter. Die Produktion öffentlicher Güter erhöht die Faktorproduktivität und wirkt deshalb positiv auf das wirtschaftliche Wachstum.
- Auszahlung von Renten an Mitglieder der Unterstützergruppe. Diese Ausgabe wirkt – abgesehen von einem möglichen Beitrag des Konsum von Mitgliedern der Unterstützergruppe – unproduktiv und hat deshalb wachstumsaverse Konsequenzen.
- Generierung von Renten für den Amtsinhaber. Diese Ausgabenart wirkt ebenfalls unproduktiv und hat wachstumsaverse Konsequenzen.

Diese Möglichkeiten konfrontieren den Amtsinhaber mit einem Optimierungsproblem: die Produktion öffentlicher Güter erhöht einerseits die

Gesamtproduktivität der eingesetzten Faktoren. Andererseits müssen öffentliche Güter durch die Erhebung von Steuern finanziert werden. Diese Steuererhebung hat investitionssenkende Konsequenzen. Weil der Beitrag der öffentlichen Güter zur Wirtschaftstätigkeit einen abnehmenden Grenzertrag aufweist (4.4.), der Rückgang der Investitionen als Reaktion auf höhere Steuern jedoch linear erfolgt (4.6.), erreicht bei einer Zunahme der Produktion öffentlicher Güter ihr positiver Wachstumsbeitrag einen Punkt, an dem die negativen Wachstumskonsequenzen aus einer höheren Besteuerung nicht mehr durch den Beitrag der öffentlichen Güter ausgeglichen werden.

Nach dem vorgetragenen politischen Modell ist die Produktion öffentlicher Güter abhängig von der Größe der Gruppe, die für einen Verbleib im Amt notwendig ist ($PG=f(CONST)$). Die Variable $CONST$ beschreibt diese Gruppengröße näherungsweise (s.u., "Daten und Messverfahren"). Politisches und ökonometrisches Modell sagen einen nicht-linearen Zusammenhang zwischen der Größe der unterstützenden Gruppe und dem wirtschaftlichen Wachstum vorher. Um diese Vorhersage zu testen, wird folgende Schätzgleichung verwendet.

$$\begin{aligned} \partial GDPC_{i,t} = & \lambda + \gamma HC_{t-1} + \eta OPEN_{i,t-1} + \alpha I_{i,t} \\ & + \beta_1 CONS + \beta_2 CONS^2 + \varepsilon \end{aligned} \quad (4.8)$$

Das wirtschaftliche Wachstum ist in dieser Spezifikation eine Linearkombination aus den Veränderungen der Humankapitalausstattung, der Offenheit, den Investitionen und der Größe der unterstützenden Gruppe. Die Nichtlinearität zwischen letzterem Faktor und dem Wirtschaftswachstum ist ausgedrückt in der doppelten Berücksichtigung der politischen Variablen $CONST$: sie geht jeweils einmal in untransformierter und quadrierter Form in die Schätzgleichung ein. Wenn das Modell die richtigen Voraussagen macht, sollte der Parameter β_1 ein positives, der Parameter β_2 dagegen ein negatives Vorzeichen aufweisen.

4.2. Datenbasis

4.2.1. Sample

Das Sample, das der empirischen Überprüfung zu Grunde liegt, besteht aus 83 Staaten⁸ für den Zeitraum zwischen 1975 und 1997. Ausgeschlossen wurden Staaten, die mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllen:

- Bevölkerungszahl von weniger als 1 Million
- Zentral geplante Wirtschaft
- Wirtschaftssystem in Transition
- Ölexporte tragen mehr als 20% zum Bruttoinlandsprodukt bei (Referenzjahr 1985)
- Krieg oder Bürgerkrieg forderten zwischen 1970 und 1988 mehr als 2.5% Todesopfer als Anteil an der Gesamtbevölkerung

Grund für den Ausschluss ist die Tatsache, dass Ökonomien, die durch eine oder mehrere dieser Eigenschaften gekennzeichnet sind, ungeeignet für einen Vergleich sind: ihre besonderen Charakteristika unterscheiden sie auf so spezielle Weise von den anderen Staaten im Sample, dass die Erklärung für die Varianz, die solche Staaten auf der abhängigen Variablen aufweisen, in diesen speziellen Charakteristika und damit in den Ländern selbst und nicht in den für eine allgemeinere Erklärung herangezogenen Variablen zu suchen ist (Harberger 1998).

4.2.2. Abhängige Variable und Schätzverfahren

Der folgende Abschnitt beschreibt Qualität und Herkunft der in der empirischen Analyse verwendeten Daten. Tabelle 3 (s.u., p.51) weist deskriptive Statistiken für alle Variablen aus.

Die abhängige Variable NGRW misst das durchschnittliche Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in den Jahren 1975-1997. NGRW wurde auf der Grundlage des Weltbank-Datensatzes "World Development Indicators" (World Bank 1999) nach folgendem Verfahren errechnet:

⁸ Siehe Appendix A.

$$\partial Y_{i,t} = \frac{\ln Y_{i,t} - \ln Y_{i,t-1}}{T}. \quad (4.9)$$

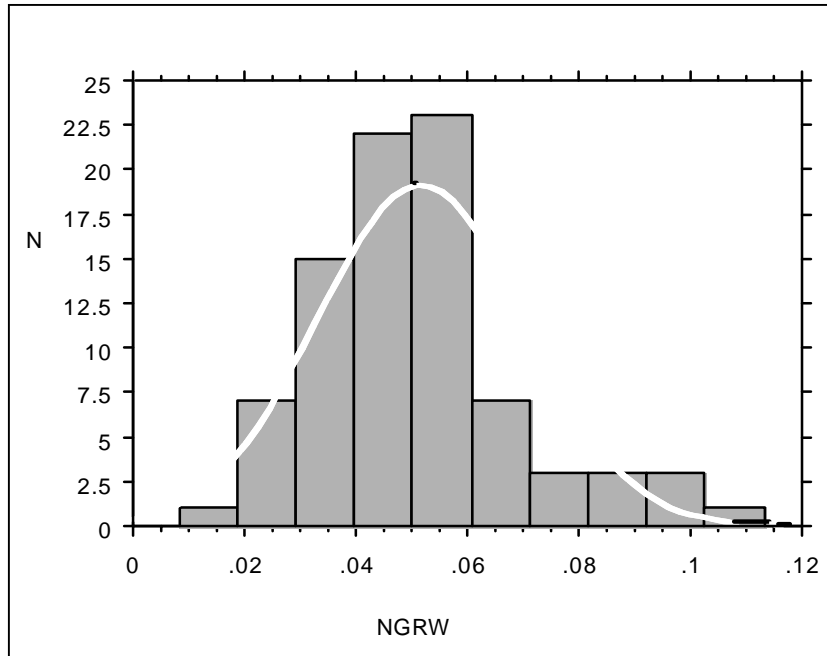
Dabei ist $\partial Y_{i,t}$ das durchschnittliche Wachstum des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum 1975-1997, $Y_{i,t}$ das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt 1997, $Y_{i,t-1}$ das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt 1975 und T die Anzahl der Jahre zwischen beiden Messpunkten.⁹ Die Wahl des Beobachtungszeitraumes 1975-1997 erklärt sich durch die der Arbeit zu Grunde liegende Absicht, langfristig wirksame Effekte von Demokratie auf Wachstum zu analysieren. Nach dem vorgetragenen Modell beeinflusst die Art der Präferenzaggregation das Wirtschaftswachstum über die Bereitstellung öffentlicher Güter. Ein solcher Effekt kann sich nur abbilden, wenn das mögliche Auftreten kurzfristiger Schwankungen über die Länge des Beobachtungszeitraumes mit Durchschnittswerten ausgeglichen wird. Für den Beginn der Messung im Jahr 1975 sprechen theoretische und pragmatische Gründe: 1975 war das Weltfinanzsystem von den fixen Währungsverhältnissen der Bretton Woods-Vereinbarung zu einem System floatender Wechselkurse übergegangen. Überdies markiert 1975 mit den Wirkungen des ersten "Ölpreisschocks" das definitive Ende der wirtschaftlichen Verhältnisse seit Ende des zweiten Weltkrieg. Aus forschungspragmatischer Sicht sind die Daten ab 1975 zuverlässiger und für ein größeres Sample von Ländern verfügbar als in der Zeit davor.

Abbildung 2 stellt die Verteilung der abhängigen Variablen grafisch dar. Die Verteilung entspricht annähernd der Normalform. Die Variable NGRW ist außerdem intervallskaliert und weist keine Zensoringprobleme auf, weil theoretisch und empirisch davon ausgegangen werden kann, dass wirtschaftliches Wachstum nach oben und unten hinreichend offen ist, um keine theoretisch unmöglichen Werte zu schätzen. Die abhängige Variable erfüllt damit die für den Einsatz einer OLS-Regression notwendigen Bedingungen (Greene 2000:213ff.).

⁹ Für 7 der 83 Staaten waren Daten zum Wirtschaftswachstum nur für einen kürzeren Beobachtungszeitraum verfügbar. Für Angaben zum jeweils abgedeckten Zeitraum vgl. Appendix A. Die unabhängigen Variablen wurden in ihren Messzeitpunkten entsprechend angepasst.

Die Nichtlinearität des vorhergesagten Zusammenhangs zwischen Größe der Unterstützergruppe und wirtschaftlichem Wachstum lässt sich durch die beschriebene Quadrierung auf eine Linearform zurückführen.

Abb. 2: Histogramm für die abhängige Variable NGRW



4.2.3. Unabhängige Variablen

Die unabhängigen Variablen lassen sich in die beiden Typen ökonomische und politische Variablen unterteilen. Bei den ökonomischen Variablen misst $\ln\text{GDPC75}$ das Pro-Kopf-Einkommen eines Landes im Jahr 1975. Diese Variable wird in die Schätzung mit einbezogen, um den Erkenntnissen neoklassisch informierter Studien Rechnung zu tragen, die stets einen negativen und signifikanten Einfluss des ursprünglichen Wohlstandsniveaus berichten. Die Variable $\ln\text{GDPC75}$ wurde ebenso wie die abhängige Variable aus dem Weltbank-Datensatz "World Development Indicators" (World Bank 1999) gewonnen. Die Variable NCAP misst das durchschnittliche Wachstum des Kapitalstocks im Beobachtungszeitraum, NPOP das durchschnittliche Bevölkerungswachstum. Beide Variablen stammen aus den PENN World Tables Mark 5.6a. Die Ausstattung mit Humankapital im Jahr 1975 (HC75) stammt aus dem von Barro und Lee (1993, 1996) verwendeten Datensatz. HC75 misst die Humankapitalausstattung näherungsweise über die Dauer des Schulbesuchs des männlichen Bevölkerungsteils im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Die

Schätzgleichung verwendet außerdem zwei Offenheitsvariablen: zum einen eine Dummy-Variable OPEN, die von Sachs/Warner (1995b) vorgeschlagen wurde, um die institutionellen Aspekte der Weltmarktintegration eines Landes zu messen. Danach wird ein Land als geschlossen mit dem Wert 0 klassifiziert, wenn es eine der folgenden Bedingungen erfüllt: nicht-tarifäre Handelshemmnisse betreffen 40% oder mehr des gesamten Handels, der durchschnittliche Zoll beträgt mehr als 40%, die durchschnittliche Rate des Wechselkurses auf dem Schwarzmarkt übersteigt für die Jahre 1970-1980 die offiziellen Wechselkurse um mehr als 20%, ein Land hat ein sozialistisches Wirtschaftssystem, oder der Staat verfügt über ein Monopol auf die wichtigsten Exportgüter. Wenn keine dieser Bedingungen erfüllt ist, wird das Land als offen eingestuft, die Variable OPEN nimmt den Wert 1 an. Die andere Offenheitsvariable, OPRES_STD, misst das Ausmaß des Handels eines Staates, kontrolliert für die Größe des jeweiligen Landes. Da beide Offenheitsvariablen unterschiedliche Aspekte der Weltmarktintegration messen, werden beide Variablen simultan in der Schätzgleichung verwendet.

Als zentrale politische Variable wird ein Maß für die Größe der Unterstützergruppe (CONST) verwendet. Die Variable CONST stammt aus dem Polity98 Datensatz, der aktuellsten Version der aus dem Polity-Projekt hervorgegangenen Datensätze (Gurr 1990). CONST misst die Beschränkungen, der eine Regierung de facto unterworfen ist. Dies ist eine plausible Annäherung an das Konzept "Größe der unterstützenden Gruppe", weil davon ausgegangen werden kann, dass mit der Größe der Gruppe die De-facto-Beschränkungen eines Amtsinhabers wachsen.

Die Variablen DEMAUT und DEMAUT97 messen das Ausmaß von Demokratie in einem Land. Dabei erfasst DEMAUT das durchschnittliche Ausmaß von Demokratie in einem gegebenen Land während des gesamten Beobachtungszeitraums, während DEMAUT97 ein Maß für Demokratie im Jahr 1997 darstellt. Beide Variablen stammen aus dem Polity98 Datensatz. Entgegen der Polity-Version wurden sie auf positive Werte standardisiert.

Die Variablen PUBLSERV, STABSECUR, PREDICT und NOCORRUPT messen die institutionelle Qualität eines Landes. Grundlage dieser Daten ist ein

Projekt der Weltbank, in dessen Rahmen im Jahr 1997 in 67 Staaten Befragungen unter Geschäftsleuten vor Ort zu ihrer Einschätzung des Geschäftsumfeldes durchgeführt wurden (World Bank 1997). Ein Teil dieser Fragen wurde verwendet, um Indizes zur Bewertung der institutionellen Qualität zu konstruieren.¹⁰ PUBLSERV misst die Einschätzung über die Effizienz von Verwaltungsdienstleistungen, STABSECUR das Vertrauen der Befragten in Stabilität des politischen Systems sowie die Garantie von Eigentumsrechten, PREDICT Einschätzungen über die Vorhersagbarkeit von Regierungsentscheidungen und NOCORRUPT die Perzeption des Ausmaßes von Korruption in einem Staat. Alle Variablen wurde so standardisiert, dass höhere Werte durchgängig eine höhere Einschätzung der institutionellen Qualität widerspiegeln. Die Staaten, in denen die genannte Befragung durchgeführt wurden, überschneiden sich mit dem Ländersample der Wachstumsregression in lediglich 37 bzw. 36 Fällen (vgl. Tabelle 3). Diese geringe Zahl von Beobachtungen macht die Korrelationsanalyse zum Zusammenhang zwischen Demokratie und institutionelle Qualität (s.u.) nur bedingt aussagefähig. Seine Rechtfertigung erwächst dem gewählten Vorgehen aus der unbefriedigenden Datenbasis: Daten zur institutionellen Qualität, die den Regierungseinfluss abbilden, sind nur unzureichend verfügbar, Daten, die die Stabilität eines politischen Systems widerspiegeln sollen – etwa über die Zahl der politischen Morde pro Einwohner pro Zeiteinheit – messen eher Einflüsse auf das wirtschaftliche Wachstum, die der Regierungskontrolle entzogen sind.

¹⁰ siehe Appendix B

Tabelle 3: Deskriptive Statistiken für die verwendeten Variablen

Variable	Arithmetisches Mittel	Standardabweichung	n	Minimum	Maximum	Median
NGR	0.052	0.019	85	0.008	0.113	0.05
LnGDPC75	7.297	1.074	85	5.521	9.788	7.32
NCAP	0.039	0.031	90	-0.04	0.122	0.032
NPOP	0.02	0.01	90	0.001	0.04	0.023
HC75	4.07	2.736	90	0.199	11.27	3.425
OPEN	0.372	0.436	90	0	1	0.25
OPENRES	0.449	0.239	90	0	1	0.479
CONST	4.327	2.189	87	1	7	4.182
CONST_SQR	22.677	19.528	90	1	49	15.827
DEMAUT	11.752	6.812	86	1	20	11.717
DEMAUTSQR	183.98	162.125	86	1	400	137.593
DEMOC97	14.314	6.458	86	1	20	18
PUBLSERV	3.599	.854	37	2.450	5.313	3.440
NOCORRUPT	4.122	.884	36	2.650	5.960	4.195
STABSECUR	3.018	.759	36	1.972	4.740	2.785
PREDICT	3.391	.313	36	2.678	4.044	3.436

4.3. Ergebnisse

Der folgende Abschnitt testet die formulierten Hypothesen. Dabei wird zunächst der Einfluss der Größe der unterstützenden Gruppe auf das Wirtschaftswachstum überprüft. Diese Schätzung wird für das vorgeschlagene Maß von Demokratie im Beobachtungszeitraum repliziert. Anschließend wird die Hypothese zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen überprüft. Der letzte Teil der empirischen Analyse widmet sich den Unterschieden zwischen wirtschaftlich offenen und geschlossenen Ländern.

4.3.1. Wachstum und Größe der Unterstützerguppe

Modell 1 testet als Baseline-Modell den Einfluss der ökonomischen Variablen auf das durchschnittliche per-capita-Wirtschaftswachstum in den Jahren 1975-1997. Alle Variablen haben das erwartete Vorzeichen und sind – bis auf die Variable NPOP – signifikant. Dies bestätigt die Gültigkeit des zu Grunde gelegten Wachstumsmodells. Modell 2 schätzt den Einfluss der Variable CONST auf das wirtschaftliche Wachstum. Die Variable geht nur in ihrer nicht-

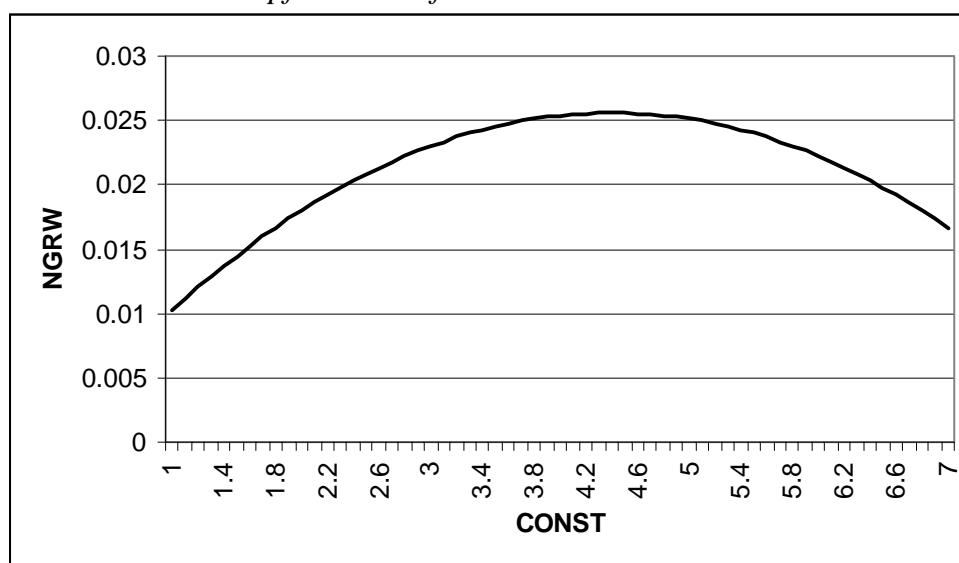
quadrierten Form in das Modell ein. Ihr Einfluss ist nicht-signifikant, die F-Statistik des Gesamtmodell wird kleiner. Demgegenüber testet Modell 3 die Hypothese eines nicht-linearen Zusammenhangs. Die Variable geht dabei einmal in quadrierter (CONST_SQR) und einmal in unquadrierter Form (CONST) in das Modell ein. Sowohl CONST als auch CONST_SQR sind auf eine fünfundneunzigprozentigen Vertrauensintervall signifikant und haben die für den erwarteten nicht-linearen Zusammenhang vorhergesagten Vorzeichen. Damit kann die Hypothese als bestätigt angesehen werden. Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Schätzungen für die Modelle 1-3, Abbildung 3 stellt den konditionalen Einfluss der Variable CONST auf das Wirtschaftswachstum grafisch dar.

Tabelle 4: Modellschätzungen

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
CONSTANT	0.103**** (5.809)	0.87**** (5.381)	0.067**** (4.11)
LnGDPC75	-0.011**** (-4.29)	-0.009**** (-3.8769)	-0.008**** (-3.719)
NCAP	0.231**** (4.73)	0.219**** (5.012)	0.214**** (5.215)
NPOP	-0.349 (-1.628)	-0.269 (-1.354)	-0.328* (-1.752)
HC75	0.002** (2.329)	0.001 (1.559)	0.002* (1.924)
OPEN	0.013** (2.566)	0.15**** (3.254)	0.016**** (3.75)
OPENRES	0.028**** (3.291)	0.026**** (3.338)	0.021**** (2.775)
CONST		0.0004369 (0.450)	0.012** (3.338)
CONST_SQR			-0.001** (-3.329)
N	85	83	83
Adj. R ²	0.57	0.607	0.654
F-Stat	19.568****	19.118****	20.362****

Abhängige Variable ist durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum 1975-1997. OLS-Regression mit zweiseitigem t-Test, t-Statistik in Klammern
 *: signifikant auf 10%-Niveau, **: signifikant auf 5%-Niveau, ***, signifikant auf 1%-Niveau, ****: signifikant auf < 1%-Niveau

Abbildung 3: Der konditionale Einfluss von Government Constraints auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum 1975-1997



4.3.2. Wachstum und Demokratie

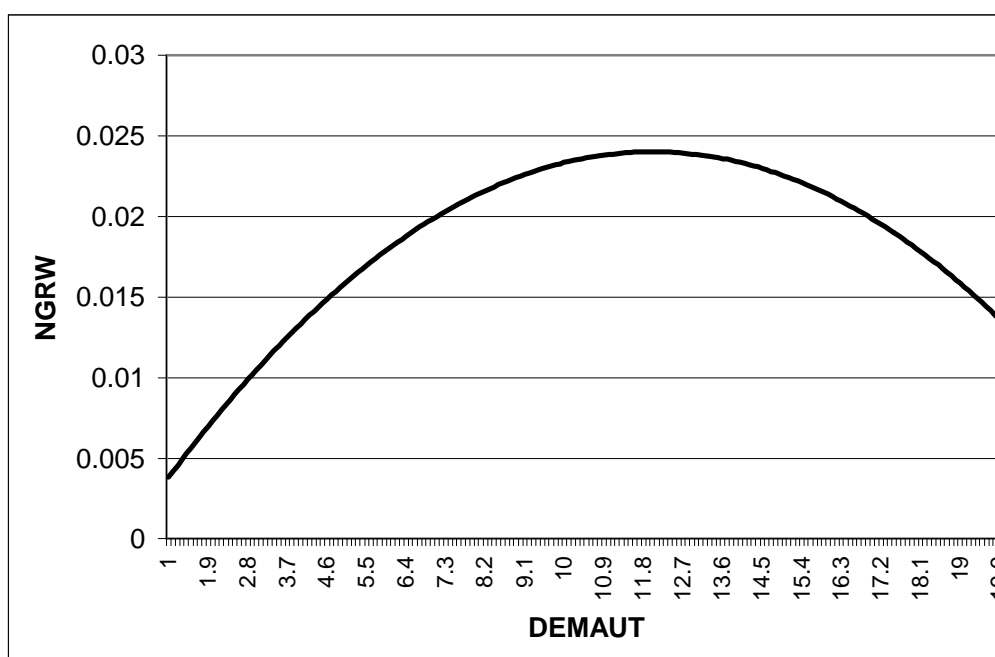
Die bisherige empirische Analyse beschränkte sich darauf, den Einfluss der "de facto government constraints" (CONST) auf das wirtschaftliche Wachstum aufzuzeigen. Die Variable CONST wurde dabei als Maß für die Größe der unterstützenden Gruppe angesehen, die die Regierung in ihren Entscheidungen berücksichtigen muss. In einem zweiten Schritt soll nun untersucht werden, ob diese Logik auch auf den direkten Zusammenhang zwischen *Demokratie* und Wachstum angewendet werden kann. Tabelle 5 zeigt die Ergebnisse für eine OLS-Regression mit der Variablen DEMAUT. Das Schätzverfahren für den nichtlinearen Zusammenhang ist dabei dasselbe wie für die Größe der unterstützenden Gruppe: in die Schätzgleichung gehen neben Standard-Kontrollvariablen die Variable für Demokratie einmal in ihrer ursprünglichen Form (DEMAUT), zum anderen in quadrierter Form (DEMAUTSQR) ein. Modell 5 stellt dieses Ergebnis dar. Wiederum bildet sich der nichtlineare Zusammenhang deutlich ab: das quadrierte Glied weist ein negatives Vorzeichen auf, der Parameter der nichtquadrierte Variable DEMAUT ist um den Faktor 24 größer als der Betrag des Parameters der Variable in ihrer quadrierten Form. Dies stellt eine plausible Näherung an die zu Grunde liegende Vermutung eines kurvilinearen Zusammenhangs dar, wenn berücksichtigt wird, dass die nichtquadrierte Variable DEMAUT Werte zwischen 1 und 20 annimmt. Abbildung 4 zeigt den konditionalen Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum. Modell 4 repliziert die Schätzung, jedoch ohne das quadrierte Glied. Auch hier zeigt sich die Bedeutung der Nichtlinearität in der in diesem Modell auftretenden Nichtsignifikanz der zentralen unabhängigen Variable DEMAUT.

Tabelle 5: Modellschätzungen für Wachstum und Demokratie

	Modell 4	Modell 5
CONSTANT	0.084**** (5.130)	0.064**** (4.055)
LnGDPC75	-0.009**** (-3.619)	-0.008**** (-3.389)
NCAP	0.226**** (5.103)	0.219**** (5.396)
NPOP	-0.235 (-1.165)	-0.282 (-1.520)
HC75	0.001 (1.407)	0.001* (1.772)
OPEN	0.014*** (3.125)	0.018**** (4.161)
OPENRES	0.026*** (3.320)	0.022**** (3.105)
DEMAUT	0.0002669 (0.819)	0.004**** (3.946)
DEMAUTSQR		-0.0001666**** (-3.858)
N	82	82
adj. R ²	0.609	0.671
F-Stat	19.061****	21.668****

Abhängige Variable ist durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum 1975-1997. OLS-Regression mit zweiseitigem t-Test, t-Statistik in Klammern
 *: signifikant auf 10%-Niveau, **: signifikant auf 5%-Niveau, ***: signifikant auf 1%-Niveau, ****: signifikant auf < 1%-Niveau

Abbildung 4: Der konditionale Einfluss von Demokratie auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum 1975-1997



4.3.3. Institutionelle Qualität und Demokratie

Hypothese 2 macht Aussagen über den Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an Demokratie und der Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen eines Staates. Aus der Logik des Modells wurde abgeleitet, dass die Produktion öffentlicher Güter umso größer sein müsste, je demokratischer ein Staat ist. "Öffentliche Güter" wurde gleichgesetzt mit Bedingungen, die einen positiven Einfluss auf das Umfeld der Geschäftstätigkeit ökonomischer Akteure in einem Staat ausüben. Der Literatur zum Einfluss der institutionellen Rahmenbedingungen auf das wirtschaftliche Wachstum entsprechend wurden vier Indizes konstruiert, die die Bestimmungsfaktoren für das Ausmaß und die Effizienz des Faktoreinsatzes abbilden sollen. Diese vier Indizes werden nun in einem einfachen Korrelationstest mit dem Ausmaß von Demokratie in einem Staat verglichen. Es wird erwartet, dass sich eine positive und signifikante Korrelation zwischen Demokratie und Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen zeigt. Tabelle 6 zeigt die Ergebnisse des Korrelationstests für das durchschnittliche Ausmaß an Demokratie während des gesamten für die Wachstumsschätzung relevanten Beobachtungszeitraumes (DEMAUT) und für das Ausmaß an Demokratie zum Zeitpunkt der Befragung, die den Indizes zu Grunde liegt (DEMAUT97).

Tabelle 6: Korrelationsmatrix für Demokratie und Institutionelle Qualität

	<i>Korrelation</i>	<i>N</i>
DEMAUT97, PUBLSERV	0.477*** (3.026)	37
DEMAUT97, PREDICT	0.225 (1.313)	36
DEMAUT97, STABSECUR	0.469*** (2.92)	36
DEMAUT97, NOCORRUPT	0.456*** (2.831)	36
DEMAUT, PUBLSERV	0.555*** (3.647)	37
DEMAUT, PREDICT	0.082 (0.47)	36
DEMAUT, STABSECUR	0.612*** (4.087)	36
DEMAUT, NOCORRUPT	0.553*** (3.575)	36
<i>Korrelationsanalyse mit Signifikanztest, Z-Statistik in Klammern. ***: signifikant auf 1%-Niveau</i>		

Die Variablen PUBLSERV, STABSECUR und NOCORRUPT korrelieren hoch und signifikant mit beiden Maßen von Demokratie. Demgegenüber ist die Korrelation der Variablen PREDICT, die die Vorhersagbarkeit von Regierungsentscheidungen misst, mit beiden Demokratievariablen nur schwach und insignifikant korreliert. Diese Ergebnisse weisen in die vermutete Richtung: offenbar gibt es einen starken Zusammenhang zwischen Merkmalen der institutionellen Rahmenbedingungen, die die Faktoreinsatzeffizienz mit bestimmen und dem Ausmaß von Demokratie in einem Staat. Die nichtsignifikante Variable misst demgegenüber die Verlässlichkeit und Vorhersagbarkeit von Regierungsentscheidungen. Für Demokratien kann bei dieser Variable vermutet werden, dass der positive Einfluss, der von der in Demokratien gegebenen Rechtssicherheit auf das Geschäftsumfeld ausgeht, von Politikwechseln durch Wahlen konterkariert wird. Aufgrund der vorliegenden Daten kann die Hypothese, dass die institutionelle Qualität mit Demokratiegrad eines Staates steigt, als bestätigt angesehen werden.

4.3.4. *Offenheit, Demokratie und Wachstu*

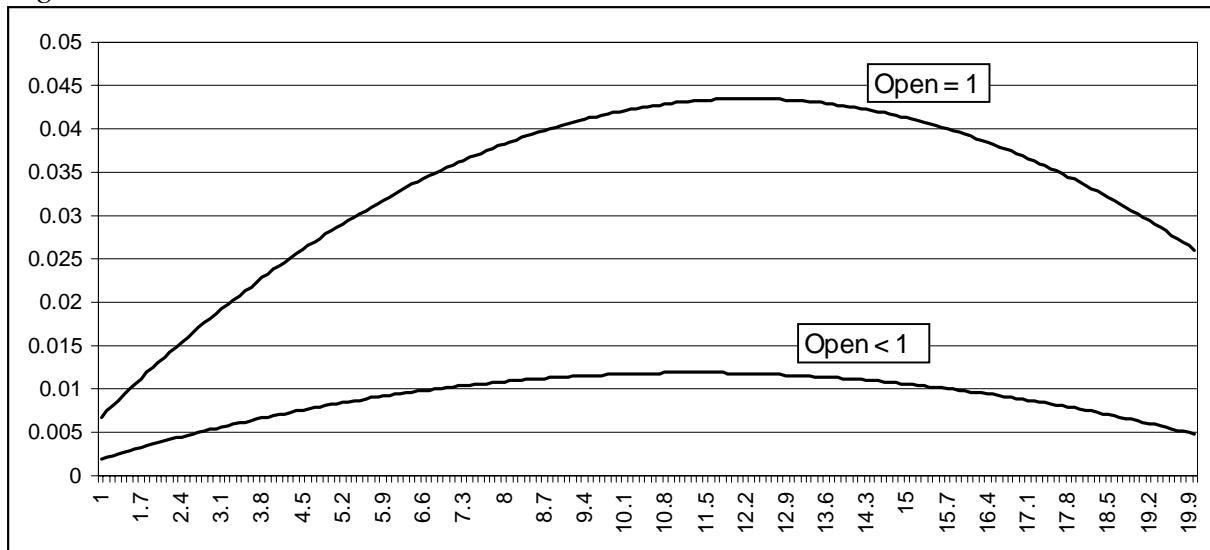
Hypothese 3 behandelt den Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum in unterschiedlich offenen Staaten. Die aus der Theorie abgeleitete Aussage prognostiziert für wirtschaftlich offene Staaten einen stärkeren wachstumsaversen Einfluss hoher und niederer Demokratielevel als für wirtschaftlich geschlossene Staaten. Um die Hypothese zu überprüfen, wurde das Ländersample nach den Kriterien von Sachs/Warner (1995b) in wirtschaftlich offene und wirtschaftlich geschlossene Staaten unterteilt. Als wirtschaftlich geschlossen wurden Länder klassifiziert, die im Beobachtungszeitraum einen geringeren durchschnittlichen Wert als 1 aufwiesen. Dies ist gleichbedeutend mit der Aussage, dass diese Staaten während zumindest eines Teils der Jahre zwischen 1975 und 1997 von Sachs/Warner als geschlossen eingestuft wurden. Staaten, die während des gesamten Beobachtungszeitraums als offen eingestuft wurden, bilden das andere Subsample. Im Modell verblieben sind alle anderen unabhängigen Variablen der Wachstumsschätzung, inklusive des Offenheitsmaßes OPENRES. Die theoretische Rechtfertigung für dieses Vorgehen liegt in der Tatsache begründet, dass die Variable OPENRES ein Maß für die Handelsverflechtungen eines Staates darstellt, während der Offenheitsparameter von Sachs/Warner vor allem die institutionellen Hindernisse freier Faktorallokation misst. Modell 6 schätzt den Einfluss der Variable CONST für wirtschaftlich geschlossene Länder auf das Wirtschaftswachstum, Modell 7 für wirtschaftlich offene Länder. Die Modelle 8 und 9 replizieren diese Schätzungen für die Variable DEMAUT mit den gleichen Subsamplen von Staaten.

Table 7: Offenheit, CONST und DEMAUT

	Modell 6 OPEN<1	Modell 7 OPEN=1	Modell 8 OPEN<1	Modell 9 OPEN=1
CONSTANT	0.0676*** (3.849)	0.1128** (2.205)	0.0622*** (3.527)	0.1393*** (3.321)
lnGDPC75	-0.0066*** (-2.725)	-0.0129** (-2.361)	-0.0060** (-2.433)	-0.1313** (-2.746)
NCAP	0.1684*** (3.866)	0.3732 (2.602)**	0.1796*** (4.099)	0.2915* (2.059)
NPOP	-0.4531* (-1.891)	-0.8875** (-2.244)	-0.3735 (-1.527)	-0.9389** (-2.695)
HC75	0.0022** (2.062)	0.0011 (0.862)	0.0021* (1.895)	0.0011 (1.033)
OPENRES	0.0336*** (3.915)	-0.0102 (-0.698)	0.0338*** (4.042)	-0.0107 (-0.837)
CONST	0.0055 (1.401)	0.0227** (2.547)		
CONST_SQR	-0.0007 (-1.521)	-0.0022** (-2.448)		
DEMAUT			0.0021* (1.730)	0.0071*** (3.677)
DEMAUTSQR			-0.000093* (-1.792)	-0.00029*** (-3.145)
N	57	26	56	26
adj. R ²	0.4958	0.7120	0.5097	0.7796
F-Stat	8.87***	9.83***	9.17***	13.63***
<i>Abhängige Variable ist durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum 1975-1997. OLS-Regression mit zweiseitigem t-Test, t-Statistik in Klammern</i>				
<i>*: signifikant auf 10%-Niveau, **: signifikant auf 5%-Niveau, ***: signifikant auf 1%-Niveau</i>				

In Modell 6 weist weder die Variable CONST noch die quadrierte Variable CONST_SQR einen signifikanten Einfluss auf das Wirtschaftswachstum in geschlossenen Ländern auf. Alle andern Variablen sind signifikant und haben das erwartete Vorzeichen. Für wirtschaftlich offene Länder (Modell 7) dagegen zeigen beide Variablen, die die Größe der unterstützenden Gruppe abbilden, einen signifikanten Einfluss mit den erwarteten Vorzeichen. Die Variablen DEMAUT und DEMAUT_SQR sind in den Schätzungen für beide Subsample signifikant. Ihren konditionalen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum stellt Abbildung 5 grafisch dar.

Abb. 5: Demokratie und Wirtschaftswachstum für wirtschaftlich offene und geschlossene Staaten



Der wachstumsaverse Effekt eines hohen Maßes von Demokratie ist in wirtschaftlich geschlossenen Ländern relativ stärker als in wirtschaftlich offenen Ländern: Das Wirtschaftswachstum in offenen Ländern sinkt gegenüber dem Maximum unter Bedingungen vollständig demokratischer Organisation um ca. 40%; der entsprechende Wert für wirtschaftlich geschlossene Staaten beträgt ca. 60%.

Dies widerspricht der Hypothese, dass unter Bedingungen der Kapitalverkehrsfreiheit der negative Einfluss durch eine höhere Besteuerung größer sei als unter Bedingungen, die die Kapitalverkehrsfreiheit beschränken. Für die vorgetragene Theorie über den Zusammenhang von öffentlichen Gütern und Investitionen bei verschiedenen Demokratieleveln ist dies jedoch keine Widerlegung: im Rahmen des Modells kann vermutet werden, dass in wirtschaftlich offenen Ländern eine höhere institutionelle Qualität mehr Kapital anzieht, als durch eine höhere Besteuerung nicht-investiv oder im Ausland allokiert wird.

Die Signifikanz der Variablen *DEMAUT* und *DEMAUT_SQR* kann überdies als Zeichen für die Robustheit der vorgetragenen Schätzungen angesehen werden. Obwohl durch die Aufspaltung in zwei Subsample die Zahl

der Beobachtungen pro Schätzung verringert wurde, bildet sich der nichtlineare Einfluss demokratischer Organisation nach wie vor in den Regressionen ab.

5. Diskussion und Ausblick

Die in dieser Arbeit vorgetragenen Argumente lassen sich in zwei Bereiche unterteilen: einen theoretischen Teil, der aufgrund der Logik der politischen Organisation Vorhersagen für den Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum trifft, und einem empirischen Teil, der die deduzierten Hypothesen überprüft und die gemachten Vorhersagen bestätigt. Beide Bereiche sollen in folgenden diskutiert und in der bestehenden Literatur verortet werden.

Das vorgetragene Modell lehnt sich an ein Argument an, das Bueno de Mesquita/Morrow/Siverson/Smith (1999) aus der Einflusslogik in Systemen mit mehr oder weniger großen "winning coalitions" entwickelt haben. In der vorliegenden Arbeit wurde diese Einflusslogik verwendet, um die unterschiedliche Produktionsmenge öffentlicher Güter in Demokratien und Nicht-Demokratien systematisch zu verfolgen und ihren Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum eines Landes abzuleiten. Es wurde gezeigt, dass sowohl hohe als auch niedrige Beteiligungsgrade zu einer Versorgung mit öffentlichen Gütern führen, die negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben. Dabei resultiert die Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums lediglich für Bereiche geringer Beteiligung über die *Menge* der bereitgestellten öffentlichen Güter: in Staaten, in denen die Regierung nur von kleinen unterstützenden Gruppen abhängig ist, werden öffentliche Güter in einem zu geringen Maß bereitgestellt, als dass Wachstum wirksam gefördert würde. Die negative Konsequenz die sich in Staaten mit hohem Partizipationsgraden aus der Bereitstellung öffentlicher Güter ergibt, ist demgegenüber nur mittelbar eine der Überversorgung: Zwar wirken öffentliche Güter in Form verbesserter institutioneller Rahmenbedingungen auch dann noch wachstumsfördernd, wenn sie in großem Ausmaß produziert werden. Die Notwendigkeit aber, diese Güter zu finanzieren, wirkt durch eine erhöhte Steuerlast wachstumssenkend.

Dieses Modell zum Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Graden von Demokratie und dem wirtschaftlichen Wachstum macht Aussagen über alle Staatsformen. Demokratie wird als Kontinuum betrachtet, auf dem unterschiedliche Ausprägungen einen Staat zwischen den Extrempunkten

"Autokratie" und "Demokratie" einordnen. Diese Herangehensweise erlaubt es, unterschiedliche Typen von Nicht-Demokratien in ihren institutionellen Merkmalen zu erfassen und systematische Unterschiede innerhalb der Gruppe der Nicht-Demokratien aufzuzeigen. Damit unterscheidet sich das vorgeschlagene Modell von theoretischen Ansätzen, die eine idealtypische Trennung zwischen Demokratien und Autokratien vornehmen. Ein Teil der im Literaturbericht dargestellten Kontroverse über die Fähigkeit von Demokratien, hohe Raten wirtschaftlichen Wachstums hervorzubringen, ist auf diese zu grobe Unterteilung zurückzuführen.

Aus einer methodischen Perspektive unterscheidet sich das vorgelegte Modell von früheren Arbeiten durch seine theoretische Sparsamkeit: es verzichtet auf die Annahme von Irrationalität oder der Existenz von Informationsasymmetrien. Aufgrund einfachster Rationalitätskriterien werden Vorhersagen zum Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Ausmaßen von Demokratie und dem wirtschaftlichen Wachstum formuliert. Diese Sparsamkeit hat allerdings einen Preis: bei der Betrachtung demokratischer Regime abstrahiert das Modell von der Existenz von Interessengruppen oder unterschiedlich hohen Raten der Wahlbeteiligung. Zukünftige Arbeiten fänden hier ein interessantes und lohnendes Forschungsfeld. Wenn beispielsweise Interessengruppen in das Modell mit aufgenommen würden, deren Existenz Wählerstimmen ein ungleiches Gewicht verleiht, könnte unter Umständen die anscheinend paradoxe Prognose formuliert werden, dass die Existenz von Interessengruppen das wirtschaftliche Wachstum fördert, anstatt es zu behindern. Dies wäre dann der Fall, wenn solche Interessengruppen über hinreichend großen Einfluss verfügen, die im politischen Prozess auf eine geringere Kapitalbesteuerung hinwirken als sie der Medianwähler präferiert.

Eine andere mögliche Erweiterung betrifft das Wahl- und Regierungssystem: in Ländern mit unikameralen Regierungssystemen und Mehrheitswahlrecht sollten Regierungen unbeschränkter agieren können als in Staaten, in denen nach einem Proporzsystem gewählt wird und/oder eine zweite Kammer über Mitspracherechte verfügt. Auf Fallstudienbene könnte hier ein

Vergleich zwischen z.B. Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland interessante Einsichten eröffnen.

Im empirischen Teil der Arbeit konnten zwei der drei formulierten Hypothesen bestätigt werden. Es wurde gezeigt, dass zwischen der Größe der unterstützenden Gruppe und wirtschaftlichem Wachstum ein nicht-linearer Zusammenhang besteht. Die entspricht den Vorhersagen auf theoretischer Ebene. Der gleiche Zusammenhang bildet sich ab, wenn anstelle der Größe der Unterstützerguppe ein Demokratiemaß in die Wachstumsregression eingeführt wird. Diese Ergebnisse sind ein Erkenntnisgewinn gegenüber den uneinheitlichen und fragilen Ergebnissen der empirischen Literatur.

Die Hypothese zum Zusammenhang zwischen Demokratie und der Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen konnte ebenfalls bestätigt werden – oder, richtiger: die Nullhypothese, dass zwischen Demokratie und der Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen kein systematischer Zusammenhang besteht, konnte für drei der vier verwendeten institutionellen Variablen zurückgewiesen werden. Dieses Ergebnis beruht allerdings auf einer schwachen Datenbasis: die verfügbare Fallzahl ist klein und die vorgenommene Art der Messung der institutionellen Variablen über subjektive Einschätzungen kann in Zweifel gezogen werden. Überdies ist das verwendete Verfahren nur bedingt aussagefähig: in Abwesenheit einer Theorie über die Bestimmungsfaktoren institutioneller Qualität wurde auf eine simple Korrelationsanalyse zurückgegriffen. Die Frage, welche Faktoren zusätzlich auf die institutionellen Rahmenbedingungen wirken, konnte in der vorliegenden Arbeit nicht geklärt werden. Eine Vermutung, der nachzugehen sich für künftige Forschungen als lohnend erweisen könnte, betrifft den Zusammenhang zwischen Alter der politischen Einheit und institutionellen Rahmenbedingungen: es ist zu erwarten, dass in etablierten Staaten beispielsweise die Sicherheit über die Bedingungen des Geschäftsumfeldes zunehmen.

Die dritte Hypothese zum Zusammenhang zwischen Offenheit und Einfluss des Demokratisierungsgrades auf das wirtschaftliche Wachstum konnte in der vorgeschlagenen Formulierung nicht bestätigt werden. Im Gegenteil bildete sich ein der Hypothese entgegengesetzter Zusammenhang ab. Dieses Ergebnis lässt

verschiedene Interpretationen zu: zum einen könnte in wirtschaftlich offenen Ländern, die eine hohe Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen aufweisen, ausländisches Kapital von der vergrößerten Sicherheit und Effizienz angezogen werden. Diese Möglichkeit scheidet für Staaten aus, die den Zufluss ausländischen Investivkapitals begrenzen. Zum anderen könnte sich in wirtschaftlich offenen Staaten ein Effekt abbilden, der auf wirtschaftspolitische Reaktionen gegenüber Offenheit zurückzuführen ist: unter Bedingungen der Kapitalverkehrsfreiheit könnte erwartet werden, dass Staaten steuerliche Bedingungen schaffen, die einem Kapitalabfluss auch bei hohem Demokratisierungsgrad stärker entgegenwirkt, als dies für wirtschaftlich geschlossene Staaten der Fall ist. Diese Vermutung verweist auf die Literatur zum Steuerwettbewerb, die in der vorliegenden Arbeit nicht berücksichtigt wurde. Auch hier könnten sich zukünftigen Untersuchungen interessante Aufgabenfelder bieten.

Erkenntnisse über einen möglichen *Trade-Off* zwischen Demokratie und Wachstum sind sicherlich nicht das, was man als *politically correct* anzusprechen bereit wäre. Andererseits kann es nicht Aufgabe einer empirisch orientierten Forschung sein, policy-Empfehlungen auszusprechen. Mögliche Folgerungen aus den vorgetragenen Ergebnissen verbleiben damit notwendig auf der positiven Ebene; Handlungsanweisungen an die Politik sind aus ihnen nicht abzuleiten. Überdies stellt sich für etablierte Demokratien mit einem hohen Wohlstandsniveau die Frage, ob es tatsächlich wünschenswert wäre, demokratische Freiheiten gegen höhere Wachstumsraten einzutauschen.

Diese Überlegungen zu möglichen normativen Implikationen verweisen auf eine Spruchweisheit der Sozialwissenschaften: "Correlation is not Causation". Aufgrund der vorgetragenen empirischen Ergebnisse ist lediglich festzuhalten, dass sich ein langfristiger, signifikanter und robuster nichtlinearer Zusammenhang zwischen dem Grad der Demokratie eines Landes und seinem Wirtschaftswachstum zeigt. Aussagen über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge aber können stets nur aus der Theorie gefolgert werden. Auf theoretischer Ebene wird entschieden, welche Fragen an die Daten gerichtet werden und wie die

Ergebnisse dieser Befragung zu interpretieren sind. Allerdings kann auch die Theorie aufgrund ihres Modellcharakters nicht für sich beanspruchen, ewige Wahrheiten zu produzieren: die Güte einer Theorie erweist sich in ihrer Erklärungskraft für die Empirie. Theorie und Empirie stehen damit in einem Wechselverhältnis der gegenseitigen Bestätigung, das so lange Gültigkeit beanspruchen kann, bis neuere Forschungen einen besseren *fit* zwischen beiden Ebenen zustande bringen. Wissenschaftlicher Fortschritt gleicht aus dieser Perspektive der Stabilisierungsarbeit an den beiden Hälften eines gotischen Gewölbes, das nur Bestand hat, wenn sich die Teile gegenseitig stützen. Die vorliegende Arbeit schließt in der Hoffnung, eine weitere Fuge ausgemauert zu haben.

Bibliografie

- Aghion, Philippe/Howitt, Peter, 1998, *Endogenous Growth Theory*, Cambridge (MA), MIT Press.
- Adelman, Irma/Morris, Cynthia, 1967, *Society, Politics and Economic Development*, Baltimore, John Hopkins University Press.
- Alesina, Alberto, 1987, 'Macroeconomic Policy in a Two-Party System as a repeated Game', *Quarterly Journal of Economics*, 102, 651-78.
- Alesina, Alberto/Drazen, Allan, 1991, 'Why are Stabilizations Delayed?', *American Economic Review*, 81, 1170-88:
- Alesina, Alberto/Oezler, Sule/Roubini, Nouriel/Swagel, Philip, 1996, '*Political Instability and Economic Growth*', *Journal of Economic Growth*, 1, 189-211.
- Alesina, Alberto/Rodrik, Dani, 1994, 'Distributive Politics and Economic Growth', *The Quarterly Journal of Economics*, 109, 465-90.
- Alesina, Alberto/Roubini, Nouriel/Cohen, Gerald, 1997, *Opportunistic and Partisan Models*, Cambridge (MA), MIT Press
- Arrow, Kenneth J./Kurz, M., 1970, *Public Investment, the Rate of Return, and Optimal Fiscal Policy*, Baltimore, The John Hopkins University Press.
- Baba, Stephen A., 1997, 'Democracies and Inefficiency', *Economics and Politics*, 9, 99-114.
- Barro, Robert J., 1994, 'Democracy and Growth', *NBER Working Paper Series*, 4909, Cambridge (MA), NBER.
- Barro, Robert J., 1991, 'Economic Growth in a Cross Section of Countries', *The Quarterly Journal of Economics*, 106, 407-43.
- Barro, Robert J., 1989, 'A Cross-Country Study of Growth, Saving, and Government', *NBER Working Paper Series*, 2855, Cambridge (MA), NBER.
- Barro, Robert J./Lee, Jong-Wha, 1996, 'International Measures of Schooling Years and Schooling Quality', *American Economic Review, Papers and Proceedings*, 86, 218-23.
- Barro, Robert J./Lee, Jong-Wha, 1993, 'International Comparisons of Educational Attainment', *Journal of Monetary Economics*, 32, 363-94.
- Barro, Robert J./Sala-i-Martin, Xavier, 1995, *Economic Growth*, Cambridge (MA), MIT Press.

- Benhabib, Jess/Spiegel, Mark M., 1994, 'The Role of Human Capital in Economic Development. Evidence from Aggregate Cross-Country Data', *Journal of Monetary Economics*, 34, 143-73.
- Berg-Schlosser, Dirk, 1984, 'African Political Systems: Typology and Performance', *Comparative Political Studies*, 17, 121-51.
- Brunetti, Aymo/Kisunko, Gregory/Weder, Beatrice, 1997, 'Credibility of Rules and Economic Growth: Evidence from a Worldwide Survey of the Private Sector', *World Bank Policy Research Working Paper No. 1760*, Washington DC, The World Bank.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, J.D./Siverson, R.M./Smith, A, 1999, 'Policy Failure and Political Survival. The Contribution of Political Institutions', *Journal of Conflict Resolution*, 43, 147-61.
- Burkhart, Ross E./Lewis-Beck, Michael S., 1994, 'Comparative Democracy: The Economic Development Thesis', *American Political Science Review*, 88, 903-10.
- Carlsen, Fredrik/Pedersen, Elin F., 1999, 'Rational Partisan Theory: Evidence for Seven OECD Economies', *Economics and Politics*, 11, 13-32.
- Dick, Williams G., 'Authoritarian Versus Non-Authoritarian Approaches to Economic Development', *Journal of Political Economy*, 82, 817-27.
- Durham, Benson J., 1999, 'Economic Growth and Political Regimes', *Journal of Economic Growth*, 4, 81-111.
- Feierabend, Ivo K./Feierabend, Rosalind L., 1972, 'Coerciveness and Change: Cross-National Trends', *American Behavioral Scientist*, 15, 911-28.
- Feng, Yi, 1997, 'Democracy, Political Stability and Economic Growth', *British Journal of Political Science*, 37, 391-418.
- Friedman, Milton, 1968, 'The Role of Monetary Policy', *American Economic Review*, 58, 1-17
- Greene, William H., 2000, *Econometric Analysis*, Upper Saddle River (NJ), Prentice-Hall.
- Grier, Kevin B./Tullock, Gordon, 1989, 'An Empirical Analysis of Cross-National Economic Growth, 1951-80', *Journal of Monetary Economics*, 24, 259-76.
- Grossman, Gene M./Helpman, Elhanan, 1991a, *Innovation and Growth in the Global Economy*, Cambridge (MA), MIT-Press.
- Grossman, Gene M./Helpman, Elhanan, 1991b, 'Quality Ladders in the Theory of Growth', *Review of Economic Studies*, 58, 43-61.

- Gurr, Ted Robert, 1990, *Polity II: Political Structures and Regime Change, 1880-1986*, Ann Arbor, Inter-University Consortium for Political and Social Research, University of Michigan.
- Hanke, Steve H./Walters, J.K., 1997, 'Economic Freedom, Prosperity, and Equality: A Survey', *The Cato Journal*, 17, 117-46.
- Helliwell, John F., 1994, 'Empirical Linkages Between Democracy and Economic Growth', *British Journal of Political Science*, 24, 225-48.
- Hibbs, Douglas A. Jr., 1977, 'Political Parties and Macroeconomic Policy', *American Political Science Review*, 71, 1467-87.
- Huntington, Samuel P./Dominguez, Jorge I., 1975, 'Political Development', in Greenstein, F./Polsby, N., eds., *Handbook of Political Science, Vol.3, Macropolitical Theory*, Reading (MA), Addison-Wesley.
- Kamien, Morton I./Schwartz, 1981, *Dynamic Optimization: The Calculus of Variations and Optimal Control in Economics and Management*, New York, North-Holland.
- Keech, William R., 1995, *Economic Politics: the Costs of Democracy*, Cambridge (MA), Cambridge University Press.
- Knack, Stephen/Keefer, Philip, 1997, 'Does Inequality Harm Growth Only in Democracies? A Replication and Extension', *American Journal of Political Science*, 41, 323-32.
- Knack, Stephen/Keefer, Philip, 1995, 'Institutions and Economic Performance: Cross-Country Tests Using Alternative Institutional Measures', *Economics and Politics*, 7, 207-27.
- Kobrin, Stephen J, 1987, 'Testing the Bargaining Hypothesis in the Manufacturing Sector in Developing Countries', *International Organization*, 41, 609-37.
- Kohli, Atul, 1986, 'Democracy and Development', in Lewis, John/Kallab, Valeriana, (eds.), *Development Strategies Reconsidered*, New Brunswick, Transaction Books, 153-82.
- Kormendi, Roger C./Meguire, Philip G., 1985, 'Macroeconomic Determinants of Growth. Cross Country Evidence', *Journal of Monetary Economics*, 16, 141-163.
- Krueger, Anne O., 1974, 'The Political Economy of the Rent-Seeking Society', *American Economic Review*, 64, 291-303.
- Landau, Daniel, 1986, 'Government and Economic Growth in the LDCs: An Empirical Study for 1960-1980', *Economic Development and Cultural Change*, 35, 35-76.

- Leblang, David A., 1997, 'Political Democracy and Economic Growth: Pooled Cross-Sectional and Time-Series Evidence', *British Journal of Political Science*, 27, 453-72.
- Lindbeck, A., 1975, 'Stabilization Policy in Open Economies with Endogenous Politicians', *American Economic Review*, 66, 1-19.
- Lipset, Seymour M., 1959, 'Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy', *American Political Science Review*, 53, 69-105.
- Mankiw, Gregory N., 1995, 'The Growth of Nations', *Brookings Papers on Economic Activity*, 1, 275-326.
- Mankiw, Gregory N./Romer, David/Weil, David N., 1992, 'A Contribution to the Empirics of Economic Growth', *The Quarterly Journal of Economics*, 107, 407-37.
- Marsh, Robert M., 1988, 'Sociological Explanations of Economic Growth', *Studies in Comparative International Development*, 23, 41-77.
- Marsh, Robert M., 1979, 'Does Democracy Hinder Economic Development in Latecomer Developing Nations?', *Comparative Social Research*, 2, 215-48.
- Mauro, Paolo, 1995, 'Corruption and Growth', *The Quarterly Journal of Economics*, 110, 681-712.
- Meyer, John W./Hannan, Michael/Rubinson, Richard/Thomas, George, 1979, 'National Economic Development, 1950-70: Social and Political Factors', in, Meyer, John/Hannan, Michael (eds.), *National Development and the World System*, Chicago, University of Chicago Press.
- Mueller, Dennis, 1989, *Public Choice II*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Mueller, Dennis, 1979, *Public Choice*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Nordhaus, W., 1975, 'The Political Business Cycle', *Review of Economic Studies*, 42, 169-90.
- Olson, Mancur, 1996, 'Big Bills Left on the Sidewalk: Why Some Nations are Rich, and Others Poor', *Journal of Economic Perspectives*, 10, 3-24.
- Olson, Mancur, 1993, 'Dictatorship, Democracy, and Development', *American Political Science Review*, 87/3, 567-76.
- Olson, Mancur, 1982, *The Rise and Decline of Nations*, New Haven, Yale University Press.
- Olson, Mancur, 1965, *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*, Cambridge (MA), Harvard University Press.

- Pastor, Manuel/Sung, Jae Ho, 1995, 'Private Investment and Democracy in the Developing World', *Journal of Economic Issues*, 29, 223-43.
- Persson, Torsten/Tabellini, Guido, 1994, 'Is Inequality Harmful for Growth?', *The American Economic Review*, 84, 600-21.
- Phillips, A.W., 1958, 'The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861-1957', *Economica*, 25, 283-99.
- Pourgerami, Abbas, 1992a, 'Authoritarian Versus Nonauthoritarian Approaches to Economic Development: Update and Additional Evidence', *Public Choice*, 74, 365-77.
- Pourgerami, Abbas, 1992, 'The Political Economy of Development: An Empirical Investigation of the Wealth Theory of Democracy', *Journal of Theoretical Politics*, 3, 189-211.
- Pourgerami, Abbas, 1988, 'The Political Economy of Development: A Cross-National Causality Test of Development-Democracy-Growth Hypothesis', *Public Choice*, 58, 123-41.
- Przeworski, Adam, 1966, *Party Systems and Economic Development*, Northwestern University.
- Przeworski, Adam, 1991, *Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge (MA), Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam/Alvarez, Michael/Cheibub, José Antonio/Limongi, Fernando, 1996, 'What Makes Democracies Endure?', *Journal of Democracy*, 7, 39-55.
- Przeworski, Adam/Limongi, Fernando, 1993, 'Political Regimes and Economic Growth', *Journal of Economic Perspectives*, 7, 51-69.
- Remmer, Karen, 1990, 'Democracy and Economic Crisis: The Latin American Experience', *World Politics*, 42, 315-35.
- Romer, Paul M., 1986, 'Increasing Returns and Long Run Growth', *Journal of Political Economy*, 94, 1002-37.
- Rodrik, Dani, 1999, 'Where Did All the Growth Go? External Shocks, Social Conflict, and Growth Collapses', *Journal of Economic Growth*, 4, 385-12.
- Russett, Bruce M./Monsen, R. Joseph, 1975, 'Bureaucracy and Polyarchy as Predictors of Performance: A Cross-National Exam', *Comparative Political Studies*, 8, 5-31
- Sachs, Jeffrey/ Warner, Andrew, 1997, 'Fundamental Sources of Long-Run Growth', *Papers and Proceedings of the American Economic Association*, 87, 184-8.

- Sachs, Jeffrey/ Warner, Andrew, 1995a, 'Natural Resource Abundance and Economic Growth', *NBER Working Paper Series*, 5398, Cambridge (MA), NBER.
- Sachs, Jeffrey/ Warner, Andrew, 1995b, 'Economic Integration and the Process of Global Integration', *Brookings Papers on Economic Activity*, 1, 1-118.
- Scully, Gerald W., 1992, *Constitutional Environments and Economic Growth*, Princeton, Princeton University Press.
- Scully, Gerald W., 1988, 'The Institutional Framework and Economic Development', *Journal of Political Economy*, 96, 652-62.
- Siermann, Clemens L.J., 1998, *Politics, Institutions and the Economic Performance of Nations*, Cheltenham/Northampton, Edward Elgar.
- Sirowy, Larry/Inkeles, Alex, 1990, 'The Effects of Democracy on Economic Growth and Inequality: A Review', *Studies in International Development*, 25, 126-57.
- Sloan, John/Tedin, Kent L., 1987, 'The Consequences of Regime Type for Public Policy Output', *Comparative Political Studies*, 20, 98-124.
- Solow, Robert M., 1956, 'A Contribution to the Theory of Economic Growth', *The Quarterly Journal of Economics*, 70, 65-94.
- Todaro, Michael, 2000, *Economic Development*, Reading (MA), Addison-Wesley.
- Tullock, Gordon, 1967, 'The Welfare Cost of Tariffs, Monopoly and Theft', *Western Economic Journal*, 5, 224-32.
- Weede, Erich, 1996, 'Legitimacy, Democracy, and Comparative Economic Growth Reconsidered', *European Sociological Review*, 12, 217-25.
- Weede, Erich, 1983, 'The Impact of Democracy on Economic Growth: Some Evidence from Cross-National Analysis', *Kyklos*, 36, 21.
- Wittman, Donald A., 1995, *The Myth of Democratic Failure: Why Political Institutions are Efficient*, Chicago, University of Chicago Press.
- World Bank, 1999, *World Development Indicators CD-ROM*, Washington (DC), The World Bank.
- World Bank, 1997, 'The State in a Changing World', *World Development Report*, Washington (DC), The World Bank.
- Wuffle, A, 1999, 'Credo of a Reasonable Choice Modeler', *Journal of Theoretical Politics*, 11, 203-206.

Appendix A: Länder-Sample

(Werte in Klammern beschreiben einen Beobachtungszeitraum, der von 1975-1997 abweicht.)

Algeria	Germany (1991-1997)	Niger
Argentina	Ghana	Nigeria
Australia	Greece	Norway
Austria	Guatemala	Pakistan
Bangladesh	Guinea (1986-1997)	Panama (1975-1996)
Belgium	Haiti	Paraguay
Benin	Honduras	Peru
Bolivia (1988-1997)	Hong Kong, China	Philippines
Brazil	India	Portugal
Burkina Faso	Indonesia	Rwanda
Burundi	Iran, Islamic Rep. (1975-1995)	Sierra Leone
Cameroon	Ireland	Singapore
Canada	Israel	South Africa
Central African Republic	Italy	Spain
Chad	Jamaica	Sri Lanka
Chil	Japan	Sweden
Colombia	Jordan (1976-1997)	Switzerland
Congo, Rep.	Kenya	Syrian Arab Republic
Costa Rica	Korea, Rep.	Thailan
Cote d'Ivoire	Malawi	Togo
Denmark	Malaysia	Trinidad and Tobago
Dominica	Mali	Tunisia
Ecuador	Mauritania	Turkey
Egypt, Arab Rep.	Mexico	United Kingdom
El Salvador	Morocco	United States
Ethiopia (1981-1997)	Nepal	Uruguay
Finland	Netherlands	Venezuela
France	New Zealand	Zambia
		Zimbabwe

Appendix B: Institutionelle Qualität

Konstruktion der Indizes zur Bewertung institutioneller Qualität

Folgende Fragen aus dem World Bank Survey (World Bank 1997) wurden zur Konstruktion der vier Indikatoren, PREDICT, STABSECUR, NOCORRUPT und PUBLSERV verwendet. Die Skalen des Fragebogens wurden dabei so umcodiert, dass kleinere Werte eine geringere institutionelle Qualität anzeigen. Die Indikatoren sind gleich den arithmetischen Mitteln der Antworten auf die jeweils verwendeten Fragen. Die Nummerierung der einzelnen Fragen folgt der Vorgabe im Originalfragebogen.

Indikator PREDICT:

1. *Do you regularly have to cope with unexpected changes in rules, laws or policies which materially affect your business?*

Changes in laws and policies ar

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------|
| (1) | completely predictable | <input type="checkbox"/> |
| (2) | highly predictable | <input type="checkbox"/> |
| (3) | fairly predictable | <input type="checkbox"/> |
| (4) | fairly unpredictable | <input type="checkbox"/> |
| (5) | highly unpredictable | <input type="checkbox"/> |
| (6) | completely unpredictable | <input type="checkbox"/> |

2. *Do you expect the government to stick to announced major policies?*

- | | | |
|-----|------------|--------------------------|
| (1) | always | <input type="checkbox"/> |
| (2) | mostly | <input type="checkbox"/> |
| (3) | frequently | <input type="checkbox"/> |
| (4) | sometimes | <input type="checkbox"/> |
| (5) | seldom | <input type="checkbox"/> |
| (6) | never | <input type="checkbox"/> |

3. *“The process of developing new rules or policies is usually such that affected businesses are informed.”*

This is true

- | | | |
|-----|------------|--------------------------|
| (1) | always | <input type="checkbox"/> |
| (2) | mostly | <input type="checkbox"/> |
| (3) | frequently | <input type="checkbox"/> |
| (4) | sometimes | <input type="checkbox"/> |
| (5) | seldom | <input type="checkbox"/> |
| (6) | never | <input type="checkbox"/> |

4. *“In case of important changes in laws or policies affecting my business operation the government takes into account concerns voiced either by me or by my business association.”*

This is true

- (1) always
- (2) mostly
- (3) frequently
- (4) sometimes
- (5) seldom
- (6) never

Indikator STABSECUR:

7. *“Constitutional changes of government (as a result of elections) are usually accompanied by large changes in rules and regulations that have an impact on my business.”*

To what degree do you agree with this statement?

- (1) fully agree
- (2) agree in most cases
- (3) tend to agree
- (4) tend to disagree
- (5) disagree in most cases
- (6) strongly disagree

8. *“I constantly fear unconstitutional government changes (i.e. coups) that are accompanied by far-reaching policy surprises with significant impact on my business.”*

To what degree do you agree with this statement?

- (1) fully agree
- (2) agree in most cases
- (3) tend to agree
- (4) tend to disagree
- (5) disagree in most cases
- (6) strongly disagree

9. *“Theft and crime are serious problems that can substantially increase the costs of doing business.”*

To what degree do you agree with this statement?

- (1) fully agree
- (2) agree in most cases
- (3) tend to agree
- (4) tend to disagree
- (5) disagree in most cases
- (6) strongly disagree

10. *"I am not confident that the state authorities protect my person and my property from criminal actions"*

To what degree do you agree with this statement?

- (1) fully agree
- (2) agree in most cases
- (3) tend to agree
- (4) tend to disagree
- (5) disagree in most cases
- (6) strongly disagree

11. *"Unpredictability of the judiciary presents a major problem for my business operations."*

- (1) fully agree
- (2) agree in most cases
- (3) tend to agree
- (4) tend to disagree
- (5) disagree in most cases
- (6) strongly disagree

Indikator NOCURRUPT

14. *"It is common for firms in my line of business to have to pay some irregular "additional payments" to get things done."*

This is true

- (1) always
- (2) mostly
- (3) frequently
- (4) sometimes
- (5) seldom
- (6) never

18. *"If a government agent acts against the rules I can usually go to another official or to his superior and get the correct treatment."*

This is true

- (1) always
- (2) mostly
- (3) frequently
- (4) sometimes
- (5) seldom
- (6) never

Indikator PUBLSERV:

22. Please rate your overall perception of:

		<u>very good</u>			<u>very poor</u>		
		1	2	3	4	5	6
a.	The efficiency of customs						
b.	The general condition of roads you us	1	2	3	4	5	6
c.	The efficiency of mail delivery	1	2	3	4	5	6
d.	The quality of public health care provision	1	2	3	4	5	6

23. How frequent are power outages?

- (1) once in more than 3 months
- (2) once a month
- (3) once in two weeks
- (4) once a week
- (5) once a day
- (6) no power for long period

24. How long does it take to get a public telephone line connected?

- (1) less than 1 month
- (2) 1 to 3 months
- (3) 3 to 6 months
- (4) 6 months to 1 year
- (5) more than 1 year
- (6) difficult to say

